



FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 115, April/1 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, im Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit», gilt dieses unumschränkte Recht weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch jeglicher Ideologie:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Meinungen und Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen nicht zwingend identisch mit dem Gedankengut, den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens» und damit also auch nicht in irgendeiner Weise mit dem Missionsgut und daher auch nicht verbindend mit der FIGU sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerte Wünsche aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Kommt ein neuer Maulkorb-Paragraf?

Kommentar vom 3. Dezember 2018, von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Erweiterung der Rassismus-Strafnorm

Nach dem Nationalrat hat in der Wintersession auch der Ständerat einer Gesetzeserweiterung zugestimmt, welche «Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung» unter Strafe stellen will. Unter der harmlosen Verpackung angeblichen Minderheitenschutzes versteckt sich ein erneuter Angriff auf die DNA eines urschweizerischen Selbstverständnisses – der unbedingt garantierten, freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift.

Die Gesetzesvorlage geht zurück auf eine parlamentarische Initiative des Walliser SP-Nationalrats Mathias Reynard, die anstrebt, die Rassismus-Strafnorm (Art. 261bis StGB) zu erweitern. Neu soll mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft werden, wer jemanden öffentlich diskriminiert, der zum Beispiel schwul ist oder wer zu Hass gegen Lesben aufruft. LGBT-Verbände jubeln: «Für unsere Akzeptanz und im Hinblick auf die Gleichstellung wäre das ein Fortschritt.»

Schwammige Begriffe

Die bekanntlich alles andere als unumstrittene Rassismus-Strafnorm wurde vom Volk nach einem äusserst intensiven Abstimmungskampf eher knapp angenommen. Bis anhin stellt sie, mittlerweile seit 1995 in Kraft, die «systematische Herabsetzung» von Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion unter Stra-

fe. Neu soll dieser Katalog also um den Passus der «sexuellen Orientierung» ergänzt werden. Mathias Reynard und die LGBT-Lobby forderten ursprünglich, auch die Diskriminierung aufgrund der «Geschlechtsidentität» gesetzlich zu verankern – das ging aber sogar dem Bundes- und Ständerat zu weit.

Wie schon vor der Einführung des sogenannten Antirassismus-Paragraphen wird auch heute wieder beschwichtigt, die berühmten Stammtisch-Gespräche seien «nicht in Gefahr». Schwulenzitate seien selbstverständlich auch in Zukunft möglich – es gehe nur um Hass, Herabsetzung und den viel beschworenen Begriff der Öffentlichkeit. Der geübte Beobachter merkt sofort, wie die Debatte vorgespurt wird: Welcher normale, weltoffene Bürger, der sozial nicht geächtet werden will, soll denn hier noch dagegen sein können? Das Gesetz regle doch glasklar, wofür es geht. Und wer ernsthaft böse Hassverbrechen verteidigen will, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Angst und Selbstzensur

Vielleicht würden auch wir diesen Schmalmeienklängen erliegen – verfügten wir nicht über bald 25-jährigen Anschauungsunterricht, welcher absurd verpolitisierte Urteile uns die Gesinnungs-Strafnorm 261bis StGB bislang eingebrockt hat. Es geht längst nicht nur um die Bekämpfung von zurecht nicht zu dulderender Rassendiskriminierung, sondern um die Aburteilung nicht genehmer Äusserungen zu Migrationsthemen (jüngstes Beispiel: die Verurteilung zweier SVP-Kader wegen des «Schlitzer-Inserates»). Die Strafnorm wird von windigen Gesinnungswächtern dazu missbraucht, unliebsame politische Gegner mundtot zu machen. Die Folge: Breite Teile des Volkes zensieren sich selber – aus Angst und Verunsicherung darüber, was man überhaupt noch sagen darf.

Nun scheinen staatliche Sprach- und Denkvorschriften erneuten Auftrieb zu erhalten. Als Ergebnis einer intensiv geführten Kampagne der Homo- und Genderlobby. Seit Jahren malt diese das Bild einer angeblich durch und durch «homophob» gefärbten Gesellschaft an die Wand und bearbeitet politische Entscheidungsträger, ihre Klientel endlich vor vermeintlich übelster Diskriminierung zu schützen. Als ob nicht-heterosexuelle Menschen hierzulande ständiger Bedrohung ausgesetzt wären – was natürlich absoluter Quatsch ist. Aber die Masche des lauten Aufschreiens scheint zu funktionieren, obwohl das Manöver so durchsichtig ist.

Gebrandmarkte Gegner

Dennoch: Dieses trojanische Pferd aufzuhalten, wird verdammt schwer. Obwohl sich die Maulkorb-Promotoren rein faktisch auf schwachen Füßen bewegen – sie attestieren dem Volk eine unterschwellige Homo-Feindseligkeit, vor der es sich mit Sprachverboten selbst zu schützen habe –, agieren sie aus einer Position der Stärke heraus. Fast alle grösseren Medien und die meisten Parteien stehen hinter ihnen und lesen ihnen jeden Wunsch von den Lippen ab. Wer es dagegen wagt, gegen den Maulkorb-Paragraphen anzutreten, sieht sich als ewiggestriger Chauvinist gebrandmarkt.

Trotzdem gibt es Gegenwehr. Im Ständerat stimmten die SVP und Teile der FDP dagegen. Hannes Germann von der SVP befürchtet «eine Flut von Klagen», welche die Justiz völlig überlasten könnte. Die Meinungsäusserungsfreiheit sei ein zentrales Grundrecht, das nicht weiter eingeschränkt werden dürfe. Andrea Caroni (FDP) warnt vor einem Präzedenzfall und fragt sich, ob als nächstes die Diskriminierung aufgrund der Sprache, der Nationalität oder des Geschlechts unter Strafe gestellt werde. Zwei berechtigte Einwände. Denn in der Tat weiss heute noch niemand, welche Meinungsäusserungen die Richter dereinst konkret als diskriminierend auslegen werden.

Christen unter Generalverdacht?

Die EDU Schweiz, die angekündigt hat, die Ergreifung des Referendums zu prüfen, weist warnend auf einen weiteren, potenziell höchst brisanten Streitpunkt hin: Ist die Gesetzeserweiterung nicht zuletzt ein schwerwiegender Angriff auf Menschen, die der Gender-Ideologie und den Forderungen der Homosexuellen-Verbände auf der Basis christlicher Ethik öffentlich entgegentreten?

Die EDU fragt zurecht: Sollen künftig alle Gruppen verboten werden, die mit Bezug auf das Evangelium nicht der Meinung sind, dass Homosexualität «völlig normal» sei? Wo bleibt der Diskriminierungs-Schutz gläubiger Christen? Dass mit der christlichen Glaubenslehre begründete Kritik an Homosexualität künftig durchaus rechtliche Folgen haben könnte, zeigt die Diskussion über Äusserungen des Bischofs von Chur, Dr. Vitus Huonder von 2015. Für das öffentliche Zitieren einer Bibelstelle fordern Lobby-Verbände schon heute seine Verurteilung.

Zum Glück fühlen sich längst nicht alle Homo- und Bisexuellen derart in die Opferrolle gedrängt, dass sie glauben, ein eigenes Pseudo-Schutzgesetz anstrengen zu müssen. Pragmatische Kräfte, die über genü-

gend Selbstbewusstsein verfügen und für ein Miteinander plädieren, sehen die Gefahren von Gesetzen, welche die Meinungsäusserungsfreiheit einschränken. Auch sie fragen sich, ob die drohenden Klagelawinen und die damit verbundene Verunsicherung der Bevölkerung Homophobie wirklich bekämpfen – oder sie vielmehr befeuern.

Anian Liebrand. 03.12.2018, 18:05 von [admin](#) 03.12.2018

Quelle: https://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/kommt_ein_neuer_maulkorbparagrah-3505

Bundesberns Lügen und Märchen zur EU-Politik 2015 veröffentlichte das Komitee EU-No sein sog. «Lügenpapier», Fehlinformationen Bundesberns zum Verhältnis Schweiz-EU aufs Korn nehmend.

Mitte 2018 wurde dieses Papier überarbeitet und ergänzt. In den November-Bulletins haben wir den Lesern den grössten Teil des überarbeiteten Lügenpapiers vermittelt. Heute präsentieren wir den fünften und letzten Teil dieses Papiers.



EU-No-Bulletin,News | 13. Dezember 2018.

Sicherheit / Kriminalität

So wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Das (gemeint ist der Schengen-Vertrag) bringt der mitten in Europa gelegenen Schweiz mehr Sicherheit» (Abstimmungsbotschaft, 5. Juni 2005).

Die Tatsachen:

Die Raubüberfälle haben von 2008 (Inkraftsetzung von Schengen) auf 2009 um 22 Prozent zugenommen, und von 2011 auf 2012 wiederum um fast 16 Prozent. 2012 wurden gegenüber dem Vorjahr je nach Region 20 bis 40 Prozent mehr Einbrüche begangen. Seither nahmen Bagatelldelikte zwar eher ab (bzw. werden viel weniger als früher zur Anzeige gebracht). Aber schwere Gewaltverbrechen (Tötungsdelikte, Vergewaltigungen) nahmen zu.

Sicherheit / Passkontrollen / Schengen

So wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Das Schengen-Abkommen hebt die systematischen Passkontrollen an den Grenzen zwischen den Schengen-Staaten auf. Mit einer Reihe von Massnahmen erhöht es gleichzeitig die Sicherheit» (Abstimmungsbotschaft 5. Juni 2005).

Die Tatsachen:

Das Schengener Abkommen und die ungenügend kontrollierten Aussengrenzen haben das Problem der illegalen Einwanderung in die EU dramatisch verschärft. Die Raubfälle haben von 2008 (Inkraftsetzung von Schengen) auf 2009 um 22 Prozent zugenommen, und von 2011 auf 2012 wiederum um 15,7 Prozent. 2012 wurden gegenüber dem Vorjahr je nach Region 20 bis 40 Prozent mehr Einbrüche begangen.

Stau / Ausweiskontrollen

So wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Staubildungen wegen Ausweiskontrollen gibt es nicht mehr» («bilaterale», Integrationsbüro EDA/EVD, 2009).

Die Tatsache:

Das ist eine raffinierte Täuschung: Staubildungen wegen «Ausweiskontrollen» gibt es tatsächlich nicht

mehr, weil die Ausweise nicht mehr kontrolliert werden. Staus aufgrund von Warenkontrollen gibt es hingegen weiterhin. Und aufgrund der Masseneinwanderung werden immer längere Staus Alltag.

Strassengüterverkehr / Gütermenge**So wurde die Öffentlichkeit informiert:**

«Ab 2005 ist ein kontinuierlicher Rückgang des alpenquerenden Strassengüterverkehrs zu erwarten» (Abstimmungsbotschaft zum 21. Mai 2000).

Die Tatsachen:

In der Zeitspanne von 2000 bis 2012 hat die auf den Strassen transportierte Gütermenge durch die Schweizer Alpen um satte 54 Prozent zugenommen. Die Zunahme geht weiter.

Swiss / Flugverbindungen**So wurde die Öffentlichkeit informiert:**

«Die Swissair ist auf dieses Abkommen angewiesen, um auch in Zukunft als unabhängiges Unternehmen bestehen sowie gute und marktgerechte Flugverbindungen anbieten zu können» (Abstimmungsbotschaft zum 21. Mai 2000).

Die Tatsachen:

Die Swissair existiert nicht mehr – wegen eklatanter Management-Fehler. 2002 bis 2005 musste die Swiss den Bestand von Personal und Flotte nahezu halbieren. 2005 wurde sie an die Lufthansa verkauft. «Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es äusserst schwierig ist, die Effekte des LVA (Luftverkehrsabkommens) auf den Luftverkehr zwischen der Schweiz und der EU eindeutig zu identifizieren und zu bemessen» (Bundesamt für Zivilluftfahrt, Bazl, 11-2008).

Tiertransporte**Die Tatsachen:**

Tiertransporte unterstehen in der EU dem Transportrecht, das Tiere grundsätzlich als «Ware» behandelt. Zum Transportrecht existiert zwischen der Schweiz und der EU der Transitvertrag. Tritt der Rahmenvertrag in Kraft, kann die EU einseitig das in der EU gültige, offensichtlich tierfeindliche Transportrecht auch auf die Schweiz ausdehnen.

Wachstum / Pro-Kopf-Einkommen**So wurde die Öffentlichkeit informiert:**

«Die Schweiz überragt mit diesem Wachstum andere Volkswirtschaften bei weitem, ein wichtiger Treiber ist die Zuwanderung» (10vor10).

Die Tatsachen:

Die Freizügigkeit wurde erst 2007 voll eingeführt; bis 2007 galten Kontingente. Tatsache ist, dass die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens von 4500 Euro praktisch ausschliesslich zwischen 2002 und 2007 stattgefunden hat. Von 2007 bis 2012, also mit der vollen Freizügigkeit, hat das Pro-Kopf-Einkommen hingegen stagniert. Die Steigerung des BIP verdankt die Schweiz dagegen unter anderem dem Umstand, dass seit 2012 – und im Einklang mit EU-Ländern – Schätzungen über Prostitution und Drogenhandel Bestandteil der volkswirtschaftlichen Buchhaltung sind.

Waffenrecht**So wurde die Öffentlichkeit informiert:**

«Der Bundesrat ist (...) gewillt, das gesetzliche Regelwerk so zu halten, dass der Schiesssport im bisherigen Umfang weiter ausgeübt werden kann» (Antwort des Bundesrates auf eine einfache Anfrage vom 21.9.01).

Die Tatsachen:

Die EU hat ihr Waffenrecht verschärft. Als Schengen-Land muss die Schweiz nachziehen. Sie muss die neuen Bestimmungen – welche den Schiesssport im bisherigen Umfang verunmöglichen – bis zum 31. Mai 2019 umsetzen. Gegen den betreffenden Beschluss der Eidgenössischen Räte wurde das Referendum ergriffen.

Zoll / Zollanlagen**So wurde die Öffentlichkeit informiert:**

«Es werden keine Zollanlagen abgebaut» (Abstimmungsbotschaft, 5. Juni 2005).

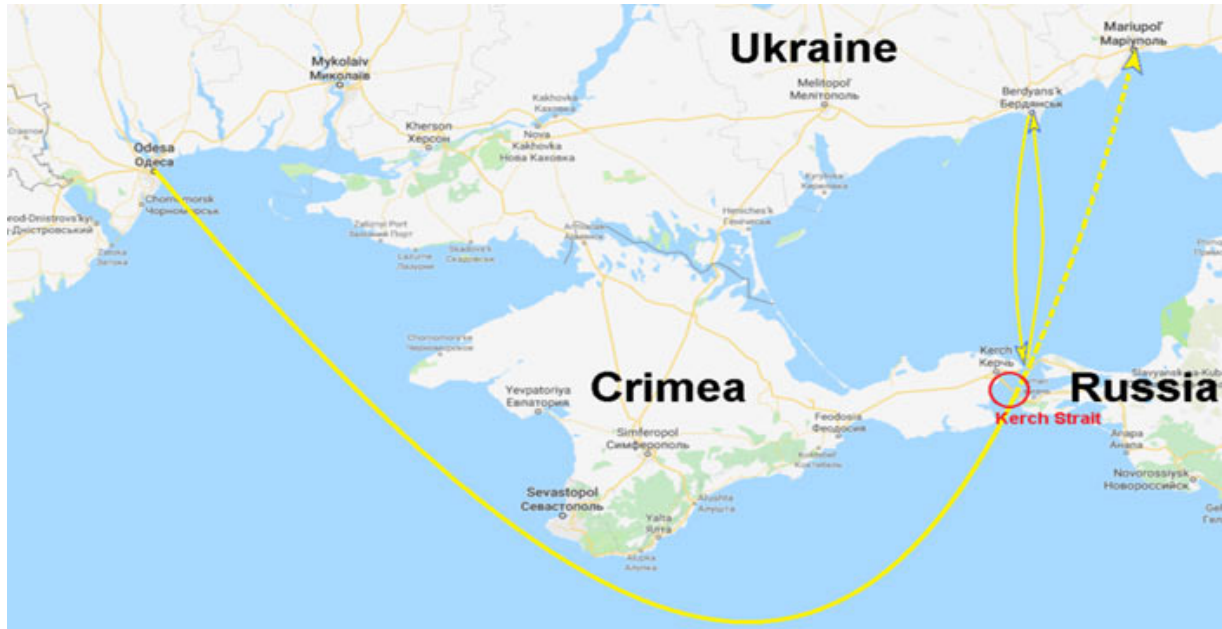
Tatsache:

Man lässt sie einfach verlottern.

Quelle: <https://eu-no.ch/dichtung-und-wahrheit/>

Mit Volldampf und allen Mitteln in den nächsten Weltkrieg 5/5 (4)

30/11/201803/12/2018 Werner Nosko



Fast fünf Jahre nach dem Regimechange in der Ukraine, einer beispiellosen militärischen Aufrüstung Europas und unzähligen NATO-Manövern an Russlands Grenzen, steuert die USA dem Höhepunkt entgegen. So entblödet sich der Atlantische Rat (Atlantic Council=NATO) nicht, der Ukraine einen Sabotageakt gegen die Krimbrücke zu empfehlen und somit einen Bündnisfall zu konstruieren.

Vorliegende Übersetzung sprengt den Rahmen alles vorher Dagewesenen. Als ich das gelesen habe, fragte ich mich, ob dieser Typ wahnsinnig ist. Nein, ist er nicht! Zählt man die Fakten zusammen, nicht die von kriegsgeilen Politikern und Medien verbreiteten, sondern die Hintergründe, die verschwiegen werden, dann ist dieser Aufsatz kein Zufall, sondern Teil der Strategie. Der von USA-Gnaden ukrainische Präsident Poroschenko, mit miserablen Umfragewerten zur bevorstehenden Präsidentschaftswahl am 31. März 2019, braucht Erfolge, um an der Macht zu bleiben. Warum nicht zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Man provoziert Russland erneut. Man legt der ukrainischen Regierung nahe, die Krimbrücke zu sabotieren, instrumentalisiert damit Poroschenko, der schon die NATO um Hilfe anruft. Die Aufrüstung und NATO-Manöver in Europa werden, seit dem Umsturz, ausschließlich mit der Aggression Russlands begründet.

Wie sabotiert man eine Brücke, die von Russland auf die Krim führt? Man macht sie unbrauchbar! Womit wohl?

Den folgenden Beitrag von Autor Stephen Blank, veröffentlicht auf der Webseite des Atlantic Council, der von beispielloser Kriegstreiberei, Lügen und Halbwahrheiten nur so strotzt, zerlegen und entkräften wir Absatzweise in seine Bestandteile (rot markiert).

Russlands Provokationen im Asowschen Meer: Was sollte getan werden?

Am 25. November blockierten russische Schiffe ukrainische Schiffe am Einlaufen in das Asowsche Meer, feuerten auf diese im Schwarzen Meer, rammten einige und beschlagnahmten drei der ukrainische Schiffe und verwundeten sechs Matrosen in diesem Austausch. Russland entsandte auch Hubschrauber in das Gebiet, um die Überwachungs- und Feuerfähigkeit über alle sich nähernden ukrainischen Schiffe aufrechtzuerhalten. Nach jedem Standard sind das Kriegshandlungen. Wir sollten uns daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten 1812 wegen solcher Vorfälle mit Großbritannien in den Krieg zogen. Zweitens ist der Anspruch Moskaus, die Krim, das Asowsche Meer und die Kertschstraße als unberührtes russisches Territorium zu besitzen, völlig illegal. Russlands Behauptungen beruhen auf nichts anderem als Gewalt

gegen vermeintlich schwächere Ziele. Wir können sicher sein, dass es sich gegenüber einem NATO-Verbündeten nicht so verhalten würde.

Die sowohl von ukrainischer als auch von russischer Seite erhältlichen Daten zeigen, daß die ukrainischen Kriegsschiffe vorsätzlich in russische Hoheitsgewässer eingedrungen waren und ihren Kurs nicht verändert haben. Eine solche – ohne politische Ankündigung durchgeführte – militärische Operation ist ohne einen direkten oder indirekten Befehl der obersten militärisch-politischen Führung unmöglich.

Von Beginn an hat die ukrainische Seite erklärt, daß sie die russische Seite über die geplante Verlegung ihrer MARINE-Schiffe ins Asowsche Meer durch die Straße von Kertsch informiert habe. Die russische Seite behauptet, daß sie keine diesbezügliche Anfrage erhalten hat.

Selbst wenn die ukrainische Seite die Russen tatsächlich irgendwie darüber informiert hat, hätte sie einer Antwort und Erlaubnis der russischen Behörden bedurft. Wie sich aus der weiteren Entwicklung ergibt, hatte die ukrainische Seite keine Antwort/Erlaubnis hierzu erhalten.

Das Vorliegen oder Fehlen der ukrainischen Anfrage bei den Russen ist grundsätzlich irrelevant. Fakt ist, daß die ukrainischen Kriegsschiffe russische Hoheitsgewässer verletzt, die Navigation in der Region gefährdet und die russische Seite bedroht haben.

Diese Maßnahmen sind auch Teil ihrer Absicht, das Schwarze Meer unter Missachtung internationaler Übereinkommen für ausländische Schiffe zu schließen. Sie stellen auch eine erhebliche Verletzung des Konzepts der Freiheit der Meere dar, einem Grundprinzip der internationalen Ordnung und der US-Politik seit zwei Jahrhunderten. Schließlich spiegeln diese Maßnahmen die laufenden Bemühungen Moskaus wider, Gewalt anzuwenden, und die Gefahr, die Ukraine zur Unterwerfung zu zwingen.

Bisher jedenfalls funktionierte in der Kertschstrasse alles ohne Vorfälle. Der gute Mann vergisst, dass Russlands Grenzen eben seine sind und die Passage nicht angemeldet und genehmigt war, wie dies vertraglich vereinbart wurde. Was die Gewalt betrifft, sind die USA Weltmeister, Zuhause und in den über 250 Kriegen, die sie führten.

Das Vorgehen Russlands ähnelt dem Chinas im Südchinesischen Meer und im Ostchinesischen Meer. In diesen Fällen hat Peking einseitig die Souveränität über diese Gebiete erklärt, Grundstücke beschlagnahmt, künstliche Inseln gebaut, sie stark militarisiert (wie Russland es auf der Krim getan hat) und sich dann geweigert, die Ergebnisse der internationalen Gerichtshöfe zu akzeptieren. Jetzt nutzt Peking seine verstärkte Hand, um andere südostasiatische Staaten zu Wirtschaftsabkommen zu Chinas Bedingungen zu zwingen, um diese Gebiete nach möglichen Energievorkommen zu erkunden. Auf die gleiche Weise übernahm Moskau unmittelbar nach der Invasion der Krim ukrainische Energieplattformen im Schwarzen Meer und profitiert von ihnen, während es versuchte, die ukrainische Küste zu ersticken.

Der im Mai 1997 unterzeichnete Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Rußland und der Ukraine (der „Große Vertrag“) zieht einen Schlussstrich unter die Territorialdispute: Mit der Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Ukraine bestätigt er im Wesentlichen den Verzicht Russlands auf die Krim und – was besonders wichtig ist – auf Sewastopol. Zugleich sieht das Vertragswerk zum umstrittenen Status von Sewastopol vor, dass Russland den Schwarzmeerhafen für zwanzig Jahre von der Ukraine pachtet, um dort seinen Teil der Schwarzmeerflotte zu stationieren. Anfang 1999 wurde das Vertragswerk in Russland ratifiziert, die Oberste Rada der Ukraine tat dies bereits im Januar 1998. Von einer Militarisierung der Krim durch Russland kann schon alleine daher nicht gesprochen werden. Ganz im Gegenteil, es beendete einen seit der Auflösung der UdSSR schwelenden Konflikt.

Wie uns Glauben gemacht werden soll, wurde die Ukraine annektiert (Annexion). Fakt ist, dass die großteils russischsprachigen Krimäer sich in einem Referendum für den Anschluss, ohne jegliche Militärgewalt, ausgesprochen haben. Im Gegensatz zum Kosovo, welcher nach völkerrechtswidriger US-amerikanischer Intervention und damit der Zersplitterung von Jugoslawien sofort als Staat anerkannt wurde.

Was sollte getan werden, um den Aktivitäten Russlands entgegenzuwirken? Die Ukraine ist das Opfer der russischen Aggression und dies seit Februar 2014, als Russland in die Krim eindrang. Vor dieser Invasion betrachteten sowohl Russland als auch die Ukraine die Gewässer des Asowschen Meeres und der Kertschstraße als Binnengewässer, einen anomalen, aber international anerkannten Rechtsstatus. Die heutige Behauptung Russlands, dass es die totale Souveränität über sie hat, ist unbegründet und basiert lediglich auf Gewalt.

Diese Darstellung ist die Grundsatzlüge schlechthin. Der Autor verschweigt hier, offenbar bewusst, die Geschehnisse am Maidan, und dieser hatte, im Februar 2014, absolut nichts und schon gar nichts mit einem russischen Eindringen auf der Krim zu tun. Im Gegenteil! Mit tatkräftiger Unterstützung des damaligen georgischen Präsidenten (Saakaschwili), planten die USA einen Umsturz in der Ukraine. Hier erinnern wir an die Aussage von Victoria Nuland, die in einem Telefonat sagte: „FUCK EU“ und „JAZ IS OUR MAN“ (Video bei den Quellen)

Präsident Wiktor Janukowytsch floh daraufhin nach Russland. Seine Rücknahme des EU-Assoziierungsabkommens, bei dem die Interessen seitens Russlands missachtet wurden, führte zu einer „angeschobenen“ Revolte und endete schlussendlich blutig.

Auch wenn die Ukraine unterlegen ist, hat sie doch Optionen. Sie kann Maßnahmen ergreifen, um die Blockade zu durchbrechen, obwohl sie angesichts der von Moskau dorthin entsandten Kräfte wahrscheinlich erfolglos wären. Dennoch kann sie diesen Angriff auf ihre Souveränität und Integrität nicht passiv hinnehmen. Die Ukraine sollte sorgfältig über eine Sonderoperation nachdenken, die die Brücke, die Moskau über die Straße von Kertsch gebaut hat, die die Krim mit Russland verbindet, stören könnte. Aber das ist noch nicht alles. Die Ukraine sollte die Vereinigten Staaten und die NATO einladen, eine Flotte bewaffneter Schiffe zu entsenden, um Mariupol, die wichtigste Stadt am Asowschen Meer, zu besuchen, und Russland herausfordern, auf die NATO zu schießen oder sie daran zu hindern, das Recht auf den Besuch der Häfen der Ukraine auszuüben. Diese Schiffe sollten bewaffnet sein und über eine Luftdecke verfügen, aber es wird angewiesen, nicht zu schießen, es sei denn, es wird darauf geschossen.

Ein Absatz, der einem das Blut in den Adern gefrieren lässt. Hier wird klar dargelegt, wie ein Bündnisfall herbeigeführt werden kann. Sollten NATO-Kriegsschiffe sich der russischen Grenze nähern oder gar in diese eindringen, müsste Putin dies als Angriff werten. Er könnte das schon politisch nicht erlauben, auch er ist vom Rückhalt im Volk abhängig. Man stelle sich nur mal vor, wenn Kuba die Russen einladen würde und russische Kriegsschiffe dort herumkreuzen würden.

Viele werden einwenden, dass eine solche Aktion eine Provokation Russlands darstellt. Damit das klar ist: Moskau, nicht Kiew, und schon gar nicht Brüssel oder Washington, ist der Provokateur und hat den Einsatz erhöht. Moskau kann die Ukraine in dem Irrglauben bedrohen, dass mehr Gewalt ein Konzept des Sieges in der Ukraine ergeben kann. Aber es ist nicht in der Lage, die NATO mit solchen Aktionen zu bedrohen. Abgesehen von der wirtschaftlichen Stagnation und dem Druck von Sanktionen, der durch diese Maßnahme erhöht wird, will die russische Öffentlichkeit keinen langwierigen Krieg gegen die Ukraine.

Als Poroschenko damals – 2014 – an die Macht gehievt wurde, war eine der ersten Amtshandlung der Regierung, die russische Sprache als zweite Amtssprache zu verbieten. Infolgedessen spalteten sich die Provinzen „Donbass“ und „Luhansk“ ab. Dort sprechen ca. 80% russisch. In den Medien werden diese ukrainischen Bürger als russische Separatisten bezeichnet, um den Eindruck zu suggerieren, es seien Russen. Übrigens, als Barack-Obama kundtat, in der Ukraine keine wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, hat er gelogen. Kurz nach dem Umsturz landete der Sohn des damaligen US-Vizepräsidenten im Energierunternehmen „Burisma“ im Vorstand, und Monsanto, heute Bayer, begann „Land Grabbing“ in großem Stil. Bis heute dauert der Bürgerkrieg um diese Provinzen an.

Weder das russische Militär noch seine Wirtschaft können diese Lasten tragen, ohne ernsthafte Kosten zu verursachen, die nicht vor den gewöhnlichen Russen verborgen bleiben können und werden. Angesichts der Angst des Regimes vor einer informierten Öffentlichkeit und weiteren wirtschaftlichen Unruhen zu Hause, nennt es eine solche NATO-Aktion den <Bluff Moskaus> und wird einen großen Beitrag dazu leisten, die Möglichkeiten für eine allgemeine Verringerung der Gewalt wiederherzustellen. Die direkte Einbringung der NATO in die ukrainischen Gewässer würde zeigen, dass Putin kein russisches Land gewonnen hat, sondern die Ukraine für immer verloren hat und die NATO in den Handel brachte.

Sie trifft die politischen Grundlagen von Putins Macht und den Glauben an die Entschlossenheit der NATO, ohne eine militärische Eskalierung herauszufordern. Sie würde auch die Eskalationskontrolle für die Ukraine und ihre Verbündeten wiederherstellen und einen Dolch in das Herz der russischen Strategie treiben, ohne in den Krieg zu ziehen. Es ist an der Zeit, dass der Preis von Putins Abenteuerlust plakativ auf ihn, sein Gefolge und das russische Volk herangebracht werden.

Zuletzt muss man sich wundern, dass der Autor scheinbar davon ausgeht, keinen Krieg zu provozieren, den er weiter oben allerdings geradezu herbeibettelt. Erfahrungsgemäß hinterlassen Einmischungen und Interventionen der USA nichts als verbrannte Erde und Gewalt. Putin diese vorzuwerfen, ist angesichts seiner Kriege nichts gegen die geschätzten 30 Millionen Toten, die die USA hinterlassen haben. Nicht nur Putin hat Angst vor einer informierten Öffentlichkeit, der Westen ist keinen Deut besser.

Stephen Blank ist Senior Fellow beim American Foreign Policy Council. Er ist Autor zahlreicher außenpolitischer Artikel, Whitepapers und Monographien, die sich mit der Geopolitik und Geostrategie Russlands und Eurasiens befassen. Er ist ein ehemaliger MacArthur Fellow am US Army War College.

Der wievielte Krieg, den die USA zur Durchsetzung IHRER Interessen entweder begannen oder in den sie involviert waren, wäre das dann wohl? Und der wievielte für die UDSSR beziehungsweise für die Russische Föderation?

Quellen: Originalquelle: Russia's Provocations in the Sea of Azov: What Should Be Done?

Heißgelaufene Kriegstreiber: Atlantic Council fordert Sabotageakt gegen Krimbrücke

Ukraine v. Russia: Passage through Kerch Strait and the Sea of Azov

Rußland-Ukraine: Militärische Krise im Schwarzen Meer – Am Rand eines Krieges

Sewastopol – ein integraler Bestandteil der Ukraine – SSOAR – PDF

CNN's FAREED ZAKARIA GPS features a wide-ranging interview with President Barack Obama

Immer erdrückendere Beweise zu Maidan-Scharfschützen-Einsatz im Februar 2014

Ukraine: Die subtile Außenpolitik der USA

Video: Victoria Nuland: Fuck the EU

„Fuck the EU“: Amerikanische Beleidigung überschattet Ukraine-Krise

Quelle: <https://npr.news.eulu.info/2018/11/30/mit-volldampf-und-allen-mitteln-in-den-naechsten-weltkrieg/>

Ukraine-Wahlkampf: Westen macht Kriegs-Reklame

11:02 30.11.2018 (aktualisiert 11:08 02.12.2018)

Noch kein Krieg mit internationaler Beteiligung in der Ukraine. Noch keine NATO-Waffenhilfe für den Wahlkämpfer Poroschenko, den Noch-Präsidenten der Ukraine. Aber es steht schlecht um den Kiewer Oligarchen. Wenn Wahlen wären, sagen die Umfragen, wäre der Mann nicht mehr Präsident.

Und pünktlich zu Beginn des Wahlkampfes sendet Poroschenko seine Marine zur Kampftour durch die Meerenge von Kertsch, und die russische Marine reagiert prompt: Denn die Kriegsmarine der Ukraine hatte nicht die Güte, ihre Flotille so anzumelden, wie es im 2003 abgeschlossenen Vertrag zwischen der Ukraine und Russland zur Nutzung des Asowschen Meeres und der Straße von Kertsch vorgesehen ist. Ein schöner Krieg, könnte Stimmen gewinnen. Und da der militärische Zwerg Poroschenko nur geringe Chancen gegen den militärischen Riesen Russland hat, versucht der Ukrainer auf die Schultern der NATO zu klettern und aus dieser scheinbar sicheren Position in den Kampf zu ziehen. Dass es da eine Weltkriegsschwelle gibt, bei ihrer Überschreitung gar ein atomares Risiko? Kümmert doch den Gefährder aus Kiew nicht.

Leider ist der größenwahnsinnige Präsident nicht allein. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat der Ukraine schon mal die Unterstützung der Militärallianz im jüngsten Konflikt mit Russland zugesagt. Der deutsche Draussen-Minister, Heiko Maas, twittert lauthals: "Eine russische Blockade der Durchfahrt ins Asowsche Meer ist nicht akzeptabel". Von der deutschen Verantwortung für den wildgewordenen Zwerg aus dem Oblast Odessa kein Wort. Denn nur mit deutscher Hilfe wurde der installiert und nur mit deutscher Hilfe hält er sich im Amt.

Auf seinen Zehenspitzen steht auch Omid Nouripour, Außenpolitiker der Grünen – aus dieser kühnen Höhe kann er weit gucken und erkennt, dass es sich im vorliegenden Fall um einen „eindeutigen Rechtsbruch Russlands“ handelt. Über so viel Fernsicht verfügt auch die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, die "illegale Handlungen" Russlands behauptet. Und wenn die USA was behaupten, dann behaupten deutsche Medien tapfer mit. Zwar gibt es noch keinen Krieg mit Russland, aber sicherheitshalber bereiten die vorauseilenden deutschen Redakteure ihn schon mal vor.

Eilfertig meldet sich die "Tagesschau" mit ihrem Redakteur Kai Küstner zur Stelle und schreibt mit einer "Chronik der Krimkrise — Die Wurzel des Schwarzmeer-Konflikts" schnell mal die Geschichte neu. Begonnen habe alles, als "Präsident Viktor Janukowitsch es im November 2013 auf russischen Druck hin ablehnte, seine Unterschrift unter ein Partnerschaftsabkommen mit der EU zu setzen". Vergessen, verschwiegen, weggelogen: Die Ausdehnung der NATO-Grenzen bis kurz vor Moskau.

Verschwunden der Versuch, die Ukraine auch militärisch in die EU einzugliedern. Als Ersatz für die historische Wahrheit eine Tagesschau-Weisheit: Russland habe die Krim-Halbinsel unter seine Kontrolle gebracht und verleibte sie sich schließlich endgültig ein. Kein Wort dazu, dass die Krim nur in einer Wodka-Laune von Nikita Chruschtschow zur Ukraine verschoben wurde. Kein Satz über die Unterdrückung der russischen Sprache, die immerhin von einer erheblichen Minderheit in der Ukraine gesprochen wurde.

Keine Erinnerung an die Wiederbelebung des faschistischen Bandera-Kultes in der alten sowjetischen Teilrepublik. Statt dessen ein Satz wie aus dem Handbuch des Schreibtisch-Kriegers kopiert: Die Nato sei "weg von der Konzentration auf überschaubar erfolgreiche Auslandseinsätze wie dem in Afghanistan und hin zur Verteidigung des eigenen Bündnisgebiets". Hin zu einer sogenannten "superschnellen Eingreiftruppe" für den Ukraine-Ernstfall. Klar, der Afghanistan-Krieg war und ist total erfolgreich, schöne Grüße von den Taliban. Und dieser "Erfolg" soll jetzt wohl den nächsten "Erfolg" in der Ukraine vorbereiten.

Sie laufen frei rum, Redakteure wie Kai Küstner vom NDR. Und weil sie noch nicht sitzen – Artikel 26 Grundgesetz hält Handlungen, die einen Angriffskrieg vorbereiten immer noch für strafbar –, bereiten sie schon mal propagandistisch einen Kriegsausbruch vor. Die WELT zitiert ohne Hemmungen und Relativierung den gefährlichen Poroschenko: „Entsendung der deutschen Marine vor die Krim könnte Russlands Brutalität stoppen“. Die SÜDDEUTSCHE schreibt im Chor der deutschen Medien von einer "Annexion" der Krim und der Ostukraine, ein prima Kriegsgrund.

Dass die Mehrheit der Krim-Bevölkerung zurück nach Russland wollte, wird vorsätzlich ignoriert. Und das halbamtliche DEUTSCHLANDRADIO zitiert ohne Vorbehalt den ukrainischen Botschafter in Berlin, der tatsächlich behauptet, eine Entsendung deutscher Marineschiffe ins Schwarze Meer könne „zu einer De-

eskalation beitragen“. Bei solchen Sätzen fragt man sich, wer verrückter ist: Der Botschafter oder der Redakteur, der diese tolle Idee unkommentiert weitergibt.

Über das Minsker Abkommen, das den Krieg in der Ukraine beenden sollte und zu dessen Signaturmächten auch Deutschland gehört, wird nur noch als Restposten geredet. Schreibt oder sendet mal einer der überschlauen deutschen Medien-Macher darüber, dass damals in Minsk, am 14. Februar 2015, zum Beispiel gefordert wurde "Innerhalb von 30 Tagen soll das ukrainische Parlament in Kiew eine Autonomie bestimmter Regionen der Gebiete Lugansk und Donezk beschließen“. Verdrängt auch, dass eine "Verfassungsreform zur Dezentralisierung der Ukraine verwirklicht" werden sollte. Hat einer der Propaganda-Journalisten mal im Kanzleramt oder dem Außenministerium nachgefragt, warum Poroschenko nicht nachdrücklich an seine Versäumnisse erinnert wird?

Nein, noch gibt es keinen Krieg. Aber der Vor-Krieg schwelt. Und statt den Brand auszutreten, wird medial nachgelegt: "Krim-Konflikt ist Putins Droge", kotzt der FOCUS auf den Tisch seiner Leser und verwarnt Berliner Stimmen, die zur Mäßigung aufrufen: "De facto ruft Berlin damit das Opfer einer Aggression zur Entspannung auf – eine zynische Politik des Wegsehens." So richtet die Droge des Schreibtisch-Krieges im Gehirn des deutschen Mehrheitsjournalisten schwere Schäden an.

Er hält sich für bedeutend, wenn er, scheinbar sicher hinter seinem PC, der Poroschenko-Aggression Beifall spendet. Wenn derselbe Schreiber, der Putin-Hasser Boris Reitschuster, in seinem Text richtig erkennt "Es ist schwer, sich der Stimmungsmache in den Propaganda-Sendern zu entziehen“, fällt dem Opfer der Auto-Agitation schon nicht mehr auf, dass dieser Satz, den er auf die russische Öffentlichkeit formuliert, nur ihn und seinesgleichen trifft.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20181130323133178-ukraine-russland-kertsch-asow-gellerman/>

Toll! Bequeme Schuldzuweisung an Russland durch westlichen „Qualitäts“-Journalisten

12:36 04.12.2018 (aktualisiert 19:40 04.12.2018)

Der Zwischenfall in der Meerenge von Kertsch am Eingang zum Asowschen Meer war für die ARD Anlass in oberlehrerhaftem Ton zu fragen, „wie umgehen mit Präsident Putin?“, als sei Russlands Präsident ein ungehorsamer Schüler. „Anne Will“ war auch wieder Lehrstunde in westlicher Arroganz. Von einem Journalisten, der sich unvoreingenommen nennt.

Die Welt kann manchmal so schön einfach sein. Vor allem wenn man Christoph von Marschall heißt. Der ist tatsächlich „Diplomatischer Korrespondent“ der Zeitung „Tagesspiegel“. Von Diplomatie hat der Mann aber nachweislich keine Ahnung, sonst hätte er bei Anne Will nicht Sätze gesagt, die jedem echten Diplomaten Schauer des Grauens auf den Rücken gezaubert hätten:

„Diese Sprache der Diplomatie, wo alle irgendwie ein bisschen Unrecht haben, damit macht man sich zum Komplizen der Rechtsbrecher.“

Und Rechtsbrecher im Zusammenhang mit dem Zwischenfall in der Meerenge von Kertsch zwischen Asowschem und Schwarzem Meer ist für Marschall, der nicht so sehr diplomatischer, sondern US-Korrespondent des Tagesspiegel war, natürlich zweifelsfrei der Russe, wie der Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag, Dietmar Bartsch, in einer sehr schönen Kurzerwiderung und zum Gefallen des Publikums herausarbeitete:

„Dass da ein russisches Schiff das gerammt hat, ist doch unstrittig, das bestreitet ja nicht mal Russland. Die Frage ist, warum? Und wie sind die Schiffsverläufe gewesen, und da sagen sie, bei ihnen war das schon vor dem Auslaufen klar, der Russe ist schuld. So einfach ist die Welt nicht.“

„Eskalation im Ukraine-Konflikt – wie umgehen mit Präsident Putin“, lautete der Titel der Sendung. Angeblich soll ja Deutschland in diesem Fall eine Vermittlerrolle zufallen. Doch der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, der an diesem Abend eine wohlthuende Stimme der Vernunft und des Realismus darstellte, erinnerte daran, was für einen Erfolg eines Vermittlers unabdingbar ist:

„Ein Vermittler, eine Rolle, die Frau Merkel spielen muss, kann nicht wirklich vermitteln, wenn er eine starke Vorstellung, das sind die Opfer und das sind die Täter, hat, dann muss er ein Urteil fällen und sehen, dass er es durchsetzen kann.“

Durchsetzen will Christoph von Marschall, den man ebensogut auch als Sprecher des Weißen Hauses oder irgendeines US-amerikanischen Think Tank an diesem Abend hätte ankündigen können, dass die Bundesregierung ihre Unterstützung für das Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 widerruft, als hätte das etwas mit dem Zwischenfall in der Meerenge von Kertsch zu tun. Aber sei's drum. Wie verlogene Gegner der Pipeline wie Christoph von Marschall inzwischen agieren, zeigt sich daran, dass sie sich nicht entblöden, offensichtliche Unlogik und zugleich fremde Geschäftsinteressen zu propagieren.

Nord Stream 2 wird auch gebaut, weil Russland sich unabhängiger von Transitriskiken durch die Ukraine und Polen machen will. Das gefährde das Transitentgelt für die Ukraine, schreien die Nord-Stream-2-Gegner. Die gleichen Leute schreien aber auch, Europa mache sich mit Nord Stream 2 zu abhängig von russischem Erdgas, wie auch Christoph von Marschall bei „Anne Will“ wieder zum Besten gab. Doch eines

geht nur, wenn die Ukraine weiterhin mit Transitentgelt rechnen können soll, wie im Übrigen vom russischen Präsidenten ja auch schon zugesichert, dann muss aber auch russisches Erdgas geliefert werden. Doch mit Logik hat es der „Diplomatische Korrespondent“ des Tagesspiegels genausowenig wie mit Diplomatie. Weshalb er ganz ungerührt und dreist die Flüssiggasinteressen der US-Fracking-Industrie in der Sendung als Alternative zum Besten gab. Eine solche Abhängigkeit geht natürlich in Ordnung. Und der Rechtsbruch gegenüber der Vertragsseite Russland kümmert Zeitgenossen wie von Marschall sowieso nicht, der zwar auch bei Anne Will von der Verteidigung der Herrschaft des Rechtes salbaderte, aber damit eben doch nur die freche Doppelmoral und die Doppelstandards des Westens meinte.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20181204323173775-schildzuweisung-qualitaets-journalisten-kertsch/>

Die Nazimethoden des Zentrums für politische Säuberungen

Veröffentlicht am 4. Dezember 2018, 4. Dezember 2018

Philipp Ruch vom „Zentrum für politische Schönheit“, das richtig „Zentrum für politische Säuberungen“ heißen müsste, ist ein Gesinnungsterrorist. Das verdankt er der Gnade seiner späten Geburt. Wäre er sein eigener Großvater, würde der Mann, der vorzugsweise Schwarz trägt, sich für seine Aktionen gern das Gesicht schwärzt und damit den Kameraden von der historischen Todesschwadron ähnelt, die in Deutschland 13 verhängnisvolle Jahre für die Reinheit des Glaubens und des Blutes sorgte, noch ganz andere Seiten aufziehen.

Seine Ehre heißt Treue zu den Prinzipien der Reinheit der guten Gesinnung, seine unerschütterliche Überzeugung, auf der richtigen Seite zu stehen, erlaubt ihm, gnadenlos gegen alle erklärten Feinde vorzugehen. Ruchs <geistiger> Großvater brachte allen den physischen Tod, die auf Grund ihrer ererbten DNA, ihres ungewünschten Aussehens und ihrer abweichenden Überzeugungen den herrschenden politischen Reinheitsgeboten nicht entsprachen. Ruch bringt „nur“ den gesellschaftlichen Tod, allen, die den einzig richtigen Überzeugungen des ruchlosen Saubermannes, seiner willigen Helfer und seiner Jubelkumpane in den Qualitätsmedien nicht anhängen wollen. Er hat bei seinem Tun alle auf seiner Seite, die wieder einmal meinen, für ihre diesmal wahren Überzeugungen alle Mittel einsetzen zu dürfen.

Warum sollte Ruch auch zögern, für das angebliche braune Nest Chemnitz die gesellschaftliche Vernichtung zu organisieren? Schließlich hat unsere Kanzlerin nicht gezögert, auf Grund eines 19-sekündigen Wackelvideos, das von der Antifa Zeckenbiss ins Netz gestellt wurde, von Hetzjagden auf Menschen zu sprechen und hinzuzufügen: *„Es darf auf keinem Platz und auf keiner Straße zu solchen Ausschreitungen kommen“*. Nur, dass es diese behaupteten Ausschreitungen außer in der Hetze der Antifa, die von der Kanzlerin ungeprüft übernommen wurde, so nicht gegeben hat.

Aber der Schoß der Antifa ist furchtbar fruchtbar. Aus dem kroch Ruchs neue Aktion zur <geistigen> Vernichtung aller Chemnitzer, die es wagten, aus Trauer um den gewaltsamen Tod eines ihrer Mitbürger auf die Straße zu gehen und gegen eine Politik zu protestieren, die den Tod von immer mehr Menschen achselzuckend in Kauf nimmt.

Der schreckliche Zufall wollte es, dass an dem Tag, an dem Ruch seine ruchlose Denunziationskampagne startete, die möglichst vielen Chemnitzern den gesellschaftlichen Tod, möglichst auch den Existenzverlust bringen soll, der Tod eines 17-jährigen Mädchens in einem Bonner Flüchtlingsheim bekannt wurde.

Die Meldungen über beide Ereignisse sind leider charakteristisch für den Zustand <geistiger> Verwahrlosung, den wir in Deutschland haben. Während der Tod des Mädchens in vielen Medien nur eine Randnotiz war, wurde Ruchs Aktion als eine von „Künstlern gegen Rechts“ bejubelt, über deren kleine Schönheitsfehler man um der guten Sache willen hinwegsehen müsse. Der Spiegel, das Sturmgeschütz der herrschenden politisch korrekten, toleranten, vielfältigen Borniertheit feuert an: „Aktivisten wollen über eine Onlineplattform Rechtsextreme identifizieren. Die Macher halten das nicht für Denunziantentum. Sondern für Kunst. Richtig so.“

Das war das Motto der fatalen Großväter: „Pardon wird nicht gegeben“. Ihr <Geist> ist zurück und zerstört die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft, indem Recht, Gesetz und Verfassung unter ideologischen Vorbehalt gestellt werden.

Ja, in Deutschland finden wieder Menschenjagden statt. Es sind die Jagden, die Ruch und seine Kameraden von der bunten Gesinnungsfront gegen alle, wirklich alle Andersdenkenden eröffnet haben.

Wir sollten an die Warnung von Pastor Niemöller denken:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Als die Ruchs die Nazis denunzierten, habe ich geschwiegen; ich bin ja kein Nazi. Als sie die Rechten denunzierten, habe ich geschwiegen; ich bin ja nicht rechts. Als sie die Konservativen denunzierten, habe ich geschwiegen; ich bin ja nicht konservativ. Als sie alle Andersdenkenden denunzierten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Die Ruchs in ihrem Lauf, hält weder Spiegel noch Süddeutsche auf. Uns von ihnen zu erlösen, können wir nur selber tun!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/12/04/die-nazimethoden-des-zentrums-fuer-politische-saeuberungen/#more-3852>

INF-Vertrag: Moskau reagiert auf US-Ultimatum

POLITIK 22:02 04.12.2018(aktualisiert 22:04 04.12.2018)

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die Äußerungen von US-Außenminister Mike Pompeo und von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Bezug auf die angebliche Nichteinhaltung des INF-Vertrages durch Russland kommentiert.



Moskau halte sich strikt an die Vorschriften des INF-Vertrags, „und die US-Seite weiß darüber Bescheid“, sagte Sacharowa.

Zuvor hatte Pompeo geäußert, sollte Russland im Laufe von 60 Tagen nicht die Einhaltung des INF-Vertrages wiederaufnehmen, würden die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen zu dem Abkommen aussetzen. Stoltenberg gab bekannt, die Nato werde sich auf die Kündigung des Vertrages vorbereiten, falls Russland die Forderungen der USA nicht erfüllen werde.

Auch der Vizechef des Außenausschusses des russischen Oberhauses, Wladimir Dschabarow, kommentierte das von den USA gestellte Ultimatum: „Wir haben den USA bereits alle Unterlagen übergeben, die davon zeugen, dass wir keinen Nagelbreit von dem Vertrag abgewichen sind“, sagte er.

Die USA werfen Russland derartige Verstöße vor, um ihren einseitigen Ausstieg aus dem INF-Vertrag „in den Augen der ganzen Welt“ zu rechtfertigen: „Ich glaube, sie spielen diese Rolle, um Russland im Endergebnis für alles verantwortlich zu machen“, betonte Dschabarow.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20181204323181548-usa-inf-vertrag-ultimatum-russland-reaktion/>

Nach Aufruf zur Denunziation:

Büro des Zentrums für politische Schönheit in Chemnitz geschlossen

4.12.2018 • 15:26 Uhr



Das selbsternannte "Zentrum für politische Schönheit" erntet scharfe Kritik für die jüngste Aktion "SOKO Chemnitz". Dabei rufen die Aktivisten Bürger auf, Demoteilnehmer bei Protesten in Chemnitz bei ihren Arbeitgebern anzuschwärzen. Bei erfolgreicher Identifizierung der zahlreichen ins Netz gestellten Fotos winken Geld-Zahlungen.

Die Aktivisten des "Zentrums für politische Schönheit" haben am Montag eine Kampagne gestartet, um Menschen zu identifizieren, die an den Protesten gegen die Flüchtlingspolitik im August und September in Chemnitz teilnahmen. Mit Gesichtsaufnahmen der Teilnehmer setzt das umstrittene Zentrum für politische Schönheit im Rahmen der Initiative "SOKO Chemnitz" auf die Identifizierung und Denunziation der vermeintlichen Rechtsradikalen durch Mitbürger. Sachsens Innenminister wirft den Aktivisten vor, dass die Aktion den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährde.

Das Ziel ist, dass die Demo-Teilnehmer ihren Platz in der Gesellschaft verlieren, und das primär über die Arbeitsstelle. So werden Mitbürger aufgerufen, die Teilnehmer bei ihren Arbeitgebern anzuschwärzen. Für diese wiederum stellt das Aktivisten-Netzwerk Kündigungsvorlagen zur Verfügung. Während Verantwortliche gestern in Berlin eine Pressekonferenz zur Initiative gaben, wurden im dafür gegründeten Büro "Fahndungs-Bilder" von Demoteilnehmern öffentlich ausgestellt. Dieses musste noch am selben Tag geschlossen werden, da vor dem Büro wütende Menschen zusammenkamen. Die Polizei habe die Poster sichergestellt und die Schlösser ausgetauscht, wie die Aktivisten, die sich auf Kunstfreiheit berufen, auf ihrer Webseite beschreiben. Sie meinen, die Polizei habe dem wütenden Mob nachgegeben und sie in ihrer Kunstfreiheit beschnitten.

Die AfD hat das Land Sachsen aufgefordert, die Löschung der Website zu erzwingen. Der Datenschutzbeauftragte in Berlin solle auch die Website untersuchen, weil sie gegen deutsche Datenschutzgesetze verstoßen könnte.

Im Netz kommt diese extreme Aktion der sich selbst als linksliberal verstehenden Gruppe offenbar gar nicht gut an. Unter dem dazugehörigen Video auf YouTube häufen sich Kommentare, die dem umstrittenen Zentrum faschistische Methoden und Demokratiefeindlichkeit vorwerfen. Mehrere schrieben, dass Anzeige erstattet worden sei. Außerdem meinen Nutzer, dass die Aktion die Leute noch mehr dazu bewege, Rechte beziehungsweise die AfD zu wählen.

Das Zentrum für politische Schönheit sorgt mit seinen Aktionen regelmäßig für ein breites Presse-echo. In einem Video zum G20-Gipfel "Tyrannen-Mord – Die Geschichte lehrt uns, Diktatoren nicht zu dulden" wird die Ermordung von Erdoğan und Putin gefordert. Bei einer anderen Aktion mieteten sie sich im Nachbarhaus des AfD-Politikers Björn Höcke ein, der dort mit seiner Ehefrau und seinen Kindern lebt, und errichteten eine Nachbildung des Berliner Holocaust-Mahnmals vor dem Haus, nachdem er das Original in einer Rede als "Denkmal der Schande" bezeichnet hatte. Außerdem installierten sie Überwachungskameras, die sein Haus filmten, und stellten die Aufnahmen live ins Netz.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/kurzclips/80414-aufruf-zur-hetze-und-denunziation-buero-zentrum-politische-schoenheit-geschlossen/>

Der UN-Migrationspakt und die „Fachkräfte“-Lüge

Afrika, Standpunkte



Efgani Dönmez Manfred Werner - Tsui [CC BY-SA 3.0], from Wikimedia Commons; Sarah Wagenknecht Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0 [CC BY-SA 3.0]; UN-Fahne Wilfried Huss / Anonymus [Public domain], via Wikimedia Commons; Bildkomposition von Info-DIREKT

Am 21. November 2018 sprach der fraktionslose Abgeordnete Efgani Dönmez einen wesentlichen Aspekt der Migration an, der bisher kaum zu hören war. Der UN-Migrationspakt schade, so Dönmez, nicht nur den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in den Herkunftsländern sondern auch in den Zielländern.

Wer patriotische Medien will, muss diese auch unterstützen. Abonniere das Magazin Info-Direkt

Von Herbert Fritz

Abwanderung afrikanischer Akademiker verstärkt Abhängigkeit vom Westen

Nutznieser dieses Übereinkommens seien die Kapitalbesitzer und die Unternehmen in den Industrieländern: „In der Bevölkerung in den südlichen Staaten des afrikanischen Kontinents gibt es nur 4 Prozent Akademiker, und von diesen 4 Prozent verlassen mehr als 60 Prozent ihre Herkunftsländer. Was heißt denn das für diese Länder? – Sie werden nie aus der Abhängigkeit, aus der Armut und aus der Unterentwicklung herauskommen, insbesondere auch nicht angesichts der Transferleistungen, die diese Migranten dann in ihre Herkunftsländer tätigen.“

Überweisungen aus dem Ausland verringern Anreiz in Afrika arbeiten zu gehen

Welchen Anreiz hat denn jemand, wenn er im Monat 50 bis 100 Euro von seinem Familienmitglied in sein Herkunftsland überwiesen bekommt, dass er daheim überhaupt noch arbeiten geht – sofern er eine Arbeit findet? Dort beträgt der Verdienst nämlich maximal zwischen 50 und 150 Euro im Monat, und wenn so jemand 150, 200 Euro im Monat überwiesen bekommt, welchen Anreiz hat er – falls er überhaupt einen Arbeitsplatz hat –, arbeiten zu gehen?

UN-Migrationspakt vergrößert Kluft zwischen Arm und Reich, und verstärkt Abhängigkeit Afrikas vom Westen!

„Dieser Migrationspakt ist schon alleine deshalb abzulehnen, weil es die Kluft zwischen Arm und Reich noch vergrößert, weil er die Abhängigkeit zwischen den westlichen, den weiter entwickelten Ländern und den ärmeren Ländern noch weiter vergrößert.“ Tatsächlich formulierte Efgani Dönmez noch sehr nobel, handelt es sich doch bei der Anwerbung von Fachkräften außerhalb der EU, das heißt aus armen, unterentwickelten Gebieten, um eine der übelsten Formen kolonialistischer Ausbeutung. Damit werden diese Staaten weiter im Zustand der Almosenempfänger gehalten. Wirksame Hilfe würde das genaue Gegenteil erfordern. Ausbildung von talentierten Menschen aus diesen Staaten und sie verpflichten, in ihrer Heimat zu bleiben.

Sarah Wagenknecht: Abwerbung von Fachkräften ist „neokoloniale Ausbeutung“!

Nahezu zeitgleich hatte sich Sarah Wagenknecht, die Fraktionschefin der Linken, zum UN-Migrationspakt geäußert. Auch für sie ist das Abwerben von Fachkräften aus den armen Ländern „eine neue Art neokolonialer Ausbeutung.“

Schon 2000 forderte Jürgen Rüttgers „Mehr Ausbildung statt Einwanderung“

Als erster Politiker in deutschen Landen hatte meines Wissens nach Jürgen Rüttgers, der damalige CDU-Spitzenkandidat im Jahre 2000 im Zuge des Landtagswahlkampfes in NRW die Bürger unter dem Motto „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ aufgefordert, mit Postkarten an die CDU-Parteizentrale „Nein“ zu befristeten Arbeitserlaubnissen für Computerfachleute zu sagen.

Die Aufnahmefähigkeit Deutschlands ist erschöpft!

Die Aufnahmefähigkeit Deutschlands sei erschöpft und die multikulturelle Gesellschaft gefährlich. Er forderte, „statt Inder an die Computer müssen unsere Kinder an die Computer“, was sich schnell auf den Slogan „Kinder statt Inder“ reduzieren ließ. Anstatt noch Hindus hinzukommen zu lassen, sollte man sich um die Integration der hier lebenden Ausländer kümmern, was die Überfremdungs-Allianz der Linken aller Schattierungen, verstärkt durch Arbeitgeber und FDP, zum Schäumen brachte. Vehement lehnten sie die CDU-Kampagne ab.

„Es ist unmoralisch, anderen, oft armen Nationen die Führungseliten wegzukaufen“

Rüttgers hielt Kurs und führte zudem ein Argument ins Treffen, das kein Politiker vor ihm in dieser Deutlichkeit verwendet hatte: „Es ist unmoralisch, anderen, oft armen Nationen die Führungseliten wegzukaufen“, und „Die Intelligenz aus den Ländern der Dritten Welt abzuwerben, ist eine Versündigung an deren Entwicklungsmöglichkeiten.“

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2018/12/03/der-un-migrationspakt-und-die-fachkraefte-luege/>

Masseneinwanderung und Digitalisierung. Eine explosive Mischung

Migration, Österreich, Standpunkte

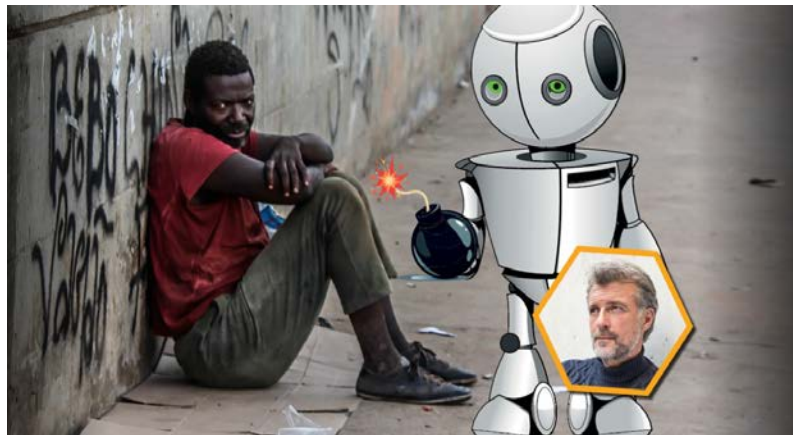


Bild Afrikaner: pixabay; Bild Bernhard Riegler: Bernhard Riegler;
Bild Roboter und Bombe: freepik.com; Bildkomposition: Info-DIREKT

Während durch die Digitalisierung zukünftig weniger niedrig-qualifizierte Personen benötigt werden, holen wir genau solche Menschen ins Land.

Ein Gastbeitrag von Bernhard Riegler aus dem aktuellen Info-DIREKT-Printmagazin

Auf der einen Seite das Märchen von der Rettung der aussterbenden Bevölkerung Europas durch eine schrankenlose Einwanderungsflut aus der Dritten Welt, auf der anderen Seite die rasende digitale Revolution mit all ihren zum Teil unabsehbaren und dramatischen Folgen. Mixt man beides zusammen, hat der Cocktail die Brisanz von schwitzendem Dynamit.

Um es gleich vorneweg auf den Punkt zu bringen: Die zunehmende Automatisierung und Robotik wird, in Verbindung mit künstlicher Intelligenz, innerhalb von nur wenigen Jahren – je nach Studie: McKinsey, ING-Diba, ... – 50%–80% der Arbeitsplätze in den industrialisierten Ländern auslöschen.

Supermarktkassiererinnen bald arbeitslos

Stereotype Tätigkeiten mit vielen Wiederholungen, Berufe mit einem Stundenlohn unter zwanzig Euro, Jobs, bei denen extreme Präzision gefordert ist — sie alle werden schon demnächst Geschichte sein. Die erste Welle der Arbeitslosen werden die Supermarktkassierer stellen, dann kommen die Berufskraftfahrer, Köche, Mediziner, Bauingenieure und alle anderen dran. Aber kein Problem, Kampfroboter und autonome Waffensysteme werden für Ordnung im neuen Paradies sorgen. Wer Zweifel hat, einfach auf YouTube die Videos von „Boston Dynamics“ ansehen. So weit sind sie heute offiziell. Wozu die Firma in ein paar Jahren fähig ist oder woran die Jungs dort im siebten Untergeschoß forschen, kann sich jeder selbst ausmalen. Oder besser: könnte. Denn die Generation „Veganergenderdeppenhandywischer“ erheitert diese Entwicklung nämlich und bekümmert sie keinesfalls, wie aus Kommentaren in den sozialen Medien hervorgeht.

Der Mensch will nicht glücklich sein, er will etwas tun, das ihn glücklich macht!

Wer in diesem Umfeld überhaupt noch die Chance auf einen sinnvollen Job haben will, muss intelligent, top ausgebildet und/oder sehr kreativ sein. Der Rest schaut 2035 in die Luft oder RTL2, sollte es das dann noch geben. Ob das glücklich macht, wage ich zu bezweifeln. Wie hat C. G. Jung so schön gesagt: „Der Mensch will nicht glücklich sein, er will etwas tun, das ihn glücklich macht!“

Noch nie in der Geschichte gab es eine derart perverse Situation

Womit werden sich die Leute dann den ganzen Tag beschäftigen? Kreuzworträtsel lösen, das vielleicht vorhandene bedingungslose Grundeinkommen in Selbstverwirklichung investieren oder doch eher in Drogen und Glücksspiel oder sich ganz banal einfach gegenseitig ausrauben und umbringen? Man weiß es nicht, weil es in der Geschichte noch nie eine derart perverse Situation gegeben hat.

Hauptsache Wachstum

Grenzt es dann nicht an Irrsinn, in dieses gesellschaftlich extrem herausfordernde Szenario Unmengen an Einwanderern aus kulturfremden Y-Schichten einzuschleusen? Im Gegenteil, eine schrumpfende Bevölke-

rung wäre angesichts dieser Prognosen positiv, auch hinsichtlich der Umweltverschmutzung. Aber wie könnten die Globalisten dann ihren angebeteten Monstergötzen namens Wachstum füttern?

Wenn sie wissen möchten warum die Digitalisierung Arbeitsplätze bedroht und mit der Masseneinwanderung eine explosive Mischung bildet, dann lesen Sie jetzt das aktuelle Printmagazin Info-DIREKT. Info-DIREKT kann österreichweit bei jedem Zeitschriftenhändler bestellt, oder für nur 33,- Euro im Jahr abonniert werden. Unterstützen Sie alternative Medien – abonnieren Sie jetzt das Magazin Info-DIREKT!

Über den Autor

Bernhard Riegler, studierte Betriebswirtschaft in Wien und lebt als selbstständiger Autor und Regisseur in der Nähe von Salzburg, wo er seine Werbeagentur und Filmproduktion, die Zenturio Film Creation GmbH, betreibt: www.zenturiofilms.com

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2018/12/03/masseneinwanderung-und-digitalisierung-eine-explosive-mischung/>

Müller mault: Über die Diskussion um den UN-Flüchtlingspakt

Müller mault..., Standpunkte

Wenn mich eine Sache wirklich aufregt, dann ist es die ganze Diskussion um Migrations- und Flüchtlingspakt. Ja, natürlich ist es ein wichtiges Thema. Und hätten patriotische Medien nicht sehr vehement auf die Missstände in Verbindung mit dem Migrationspakt hingewiesen, hätte man sich in Österreich auf höherer politischer Ebene nicht damit auseinandergesetzt. Die Kettenreaktion in Europa wäre damit vielleicht auch ausgeblieben. Es ist klar, dass auch der zweite Vertrag über den Austausch der europäischen Völker nicht unterzeichnet werden sollte.



HC Strache Gregor Tschgl from Österreich [CC BY-SA 2.0], via Wikimedia Commons; Sebastian Kurz Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres [CC BY 2.0], via Wikimedia Commons; Bildkomposition von Info-DIREKT

Kein Staat darf sich zum Bevölkerungsaustausch verpflichten!

Aber ich persönlich interessiere mich herzlich wenig dafür, ob ein paar Unterschriften auf einem Blatt Papier landen oder ob ein paar Hände bei der Frage nach Gegenstimmen unten bleiben. Natürlich bin ich dagegen, dass man sich als souveräner Staat zu irgendeinem Umvolkungsblödsinn bekennt oder verpflichtet. Aber leider zeigt die Erfahrung, dass es vollkommen gleichgültig ist, was das Volk unterstützt oder was Politiker unterstützen oder ablehnen.

Der Kampf der Eliten gegen das Volk wird nur aufhören, wenn das Volk endlich aufsteht!

Wir haben auch bisher nicht zugestimmt, dass unsere Länder mit Steinzeitmenschen geflutet werden, die uns im besten Fall von Häuserdächern werfen wollen. Aber passiert ist es trotzdem. Als das Merkel im Jahr 2015 die Proletarier aller Länder in ihren Ländereien Willkommen hieß, war das gegen das Interesse des Volkes. Aber die erfolgreichste Petition der Welt hätte das nicht geändert. Die restlichen EU-Länder (oder besser gesagt ihre degenerierte Führungsriege) haben keine Krankenwagen geschickt um die offensichtlich Übergeschnappte in eine Anstalt für psychische Erkrankungen zu verbringen. Nein, sie haben genickt und begonnen über die Verteilung zu streiten.

Politiker, die für das Volk kämpfen sind „autoritär“, wer die Globalisierung kritisiert wird zum „Antisemiten“

Den Regierungschefs, die erklärten, dass das nicht im Interesse ihrer Bevölkerung wäre, warf man ironischer Weise vor, sie wären autoritäre Alleingänger. Es scheint, dass das Anständige, das Normale und das schlicht Selbstverständliche keinen Platz mehr haben, in einer Welt in der die Propagandakanäle der milliardenschweren Globalisten jedes Wort bis zur Unkenntlichkeit verdrehen. Kritik an diesem Zustand ist heutzutage selbstverständlich antisemitisch.

Man kann die Globalisierer nicht stoppen, wenn man sich an ihre Spielregeln hält

Alle Aspekte dieser Invasion und alle ihre Folgen sind und waren rechtswidrig. Verträge wurden unterschrieben, Gesetze verabschiedet und Verordnungen erlassen. Ohne Erfolg. Man könnte Soros, Merkel, Kern, die Unzähligen NGOs, und wer sonst noch alles seine Finger im Spiel hatte, verklagen. Man könnte das Völkerrecht anführen, auf Amtseide verweisen und wahrscheinlich sogar auf Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung hinweisen. Es würde nichts bringen.

Verträge sind nur wertloses Papier, wenn das Volk sie durch einen Aufstand zerreißt

Denn diese Verträge sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Sie alle werden von denen, die ihre Interessen schützen wollen, nach ihrem Belieben ausgelegt. Das aber zum Schaden und Nutzen der Bürger. Denn auch der verpflichtendste Pakt verliert seine Geltung wenn die Bio-Bevölkerung es schlicht nicht hinnimmt. Die Macht des Faktischen vermag jedem Vertrag die Gültigkeit abzuerkennen.

Das Rechtsempfinden des Volkes muss wieder in Gesetzen und Politik vertreten sein!

Deshalb ist es mir als Einzelperson herzlich egal, was unterschrieben wird oder nicht. Ich hoffe, dass wir bald eine Restauration erleben, die Teil-Scharia-Rechtsprechung, Hass-im-Netz-Gesetze, Migrations- und Flüchtlingspakte und Gendermumpitz aus unserem Leben radiert. Wenn das Rechtsempfinden der autochtonen Bevölkerung sich wieder in Gesetzen und Politik widerspiegelt, dann kann man wieder von Ländern reden, in denen wir gut und gerne Leben. Passen Sie auf Ihren Kopf auf!

Müller

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2018/12/02/mueller-mault-ueber-die-diskussion-um-den-un-fluechtlingspakt/>

Wie Transatlantiker zum Krieg hetzen

„Die gefährlichsten Massenvernichtungswaffen sind die Massenmedien.“ M.A. Verick



Jochen Bittner in New York

Was ist ein Transatlantiker? Er „ist fest davon überzeugt, dass die Bundesrepublik Deutschland nur als fest angeschlossener Juniorpartner der Vereinigten Staaten von Amerika gedeihen kann. Es gibt da gar keine Alternative für Deutschland dazu, im Militärbündnis NATO ein Organ im Körper der Machtarchitektur der USA zu sein.“¹ Jochen Bittner und Wolfgang Ischinger sind solche Transatlantiker. Bittner ist Redakteur beim seit je transatlantisch ausgerichteten Wochenblatt *Die Zeit*, und Wolfgang Ischinger ist Leiter der ominösen Münchner Sicherheitskonferenz, des jährlichen internationalen Treffens von Politik, Militär und Rüstungsindustrie.

Konzertierte Aktion

Jochen Bittner hat das Strategiepapier „Neue Macht. Neue Verantwortung“ miterarbeitet, das die regierungseigene Denkfabrik „Stiftung Wissenschaft und Politik“ auf Anstoß und gemeinsam mit dem Transatlantikclub „German Marshall Fund of the United States“, der Politik im Oktober 2013 vorgelegt hat. Darin wird unter falschen Voraussetzungen und Gründen suggeriert, Deutschland sei noch nie so wohlhabend, sicher, frei und mächtig gewesen wie heute. Dies verdanke es der von den USA und der NATO geschützten internationalen Ordnung und der von dieser garantierten Globalisierung, von der Deutschland mit seiner Exportwirtschaft in besonderem Maße profitiere.

Da es aber in der Welt Störer dieser Ordnung gebe, müsse Deutschland zunehmend bereit und imstande sein, *„im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden.“* *„Aus Deutschlands gewachsener Macht und seinem gestiegenen Einfluss“* folge auch ein Mehr an Verantwortung. *„Jahrzehntelang war Deutschland Konsument von Sicherheit, garantiert von der NATO und insbesondere von den USA. Heute erwarten Verbündete und Partner, dass Deutschland selbst Sicherheit produziert; und nicht nur für sich selbst.“*²

Diese dringenden Empfehlungen wurden nicht nur der Politik vorgelegt, sondern natürlich auch umgehend über die Medien dem kriegsunwilligen Volk suggeriert, um die falsche Einstellung der Menschen umzudrehen und dadurch wieder verstärkt Druck auf die Politik auszuüben. Willige Politiker wie Gauck, von der Leyen und Steinmeier wurden von Wolfgang Ischinger gleich zur Münchner Sicherheitskonferenz am 31.1. und 1.2.2014 eingeladen und forderten in wundersamem Gleichklang mehr Verantwortung auch für Militäreinsätze zu übernehmen. Dies bot wieder den Medien Gelegenheit, dies in aller Breite und Eindringlichkeit dem Wahlvolk nahe zu bringen.

Diese Vorgänge wurden von einem am 4. November 2013 in der New York Times erschienenen Artikel flankiert, der den Pazifismus in der deutschen Politik in emotional-provozierender Weise scharf angriff und als zwar verständlich, aber rückständig und realitätsfremd bezeichnete. Der Autor: Jochen Bittner.³ – Solche Artikel brauchen die Amerikaner gar nicht selbst zu schreiben; sie haben dafür ihre sich anbietenden deutschen Kollaborateure. Bittners typische Argumentationen sollen nachfolgend auf Wesen und Gehalt etwas abgeklopft werden: – Er beginnt mit dem provokanten Satz: *„Würde das heutige Deutschland helfen, das Deutschland von 1944 zu befreien? Sie müssen nicht auf Angela Merkels Handy tippen, um die Antwort zu finden: Nein.“*

In dieser irrealen Konstruktion steckt der Vorwurf, Deutschland würde heute, anders als die glorreichen USA, einem Volk gegen eine Schreckensherrschaft nicht zu Hilfe kommen, noch nicht mal dem eigenen. Zugleich ist darin die falsche Behauptung enthalten, die USA hätten mit ihren Alliierten Deutschland vom Nationalsozialismus befreit. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten. Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z. B. noch zum Schluss, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombte und die Städte in Flammenhöllen verwandelte, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampften.

In der amerikanischen Regierungsanweisung ICG 1067 vom April 1945 heißt es: *„Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.“* Und der britische Kriegsverbrecher Winston Churchill, der die Bombardierung der deutschen Städte anordnete, hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: *„Sie müssen sich darüber im Klaren sein, dass dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt.“*⁴

Wie zum Beleg der sozusagen deutschen Herzlosigkeit schreibt er weiter:

„Der Libyen-Konflikt von 2011 erfüllte alle Voraussetzungen, um eine humanitäre Lehrbuch-Intervention zu rechtfertigen: Zivilisten, die nach Freiheit strebten, wurden von der Luftwaffe eines psychotischen Diktators angegriffen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen billigte eine Intervention, ebenso wie die Arabische Liga. Obwohl die Militäraktion, eine Flugverbotszone, für die Teilnehmerstaaten begrenzt und risikoarm war, schickten die Deutschen nicht nur keine Jets, sondern zogen ihr Personal aus den Radarschirmen der NATO über dem Mittelmeer ab.“

Bittner verbreitet die westliche Lügenpropaganda, die u.a. von dem Historiker Daniele Ganser gründlich widerlegt wird. Es handelte sich um keine Zivilisten, sondern mit Waffengewalt vorgehende Rebellen. Der Westen führte einen illegalen Angriffskrieg zur Unterstützung der Rebellen, indem die Begrenztheit der Flugverbotszone überschritten und für einen Regime Change missbraucht wurde.⁵

*„Der prominente amerikanische Völkerrechtsprofessor Francis A. Boyle hält den Krieg gegen Libyen daher für ein Verbrechen, das den Angriffskriegen des Nazi-Regimes vergleichbar ist und ebenfalls vor einem Tribunal wie jenem in Nürnberg verhandelt werden sollte – wenn auf der Welt Gerechtigkeit herrschen würde.“*⁶

Jetzt fährt Bittner ein vermeintlich moralisch zwingendes Geschütz auf:

„Und in Syrien löste nicht einmal die Vergasung des eigenen Volkes durch Präsident Bashar al-Assad eine Debatte im Parlament genau des Landes aus, das sonst (und zu Recht) nie müde wird, die historische Verantwortung für den Holocaust zu übernehmen.“

Solche Typen werden nicht müde, über die Deutschen die Keule ewiger historischer Schuld für den Holocaust zu schwingen, um sie unter immerwährenden moralischen Druck zu setzen. Dabei ist es rechtlicher Standard der westlichen Welt, dass es nur individuelle, keine Kollektivschuld einer Gruppe, eines Volkes gibt. Auch „Artikel 33 Genfer Abkommen IV bestimmt, dass keine Person für ein Verbrechen verurteilt werden darf, das sie nicht persönlich begangen hat.“ (Wikipedia – Kollektivschuld)

Zwar spricht Bittner, wie die ganze transatlantische „Elite“, raffiniert nicht von „Kollektivschuld“, sondern von „historischer Verantwortung“, doch ist diese ja ebenfalls kollektiv und suggeriert damit indirekt eine Kollektivschuld. „In westlichen Gesellschaften ist dies nicht mit der Moral und dem Gesetz zu vereinbaren. So beruht z. B. das moderne Strafrecht in europäischen Staaten auf dem Grundsatz einer individuellen Verantwortlichkeit.“ (Wikipedia) Schuld und Verantwortung sind nicht zu trennen. Schuld setzt immer Verantwortung voraus. Wer von Verantwortung spricht, meint auch Schuld.

Der Clou ist nun aber, dass die Holocaust-Gas-Keule Bittners noch total ins Leere schlägt, weil auch „die Vergasung des eigenen Volkes durch Präsident Bashar al-Assad“ eine immer wieder aufgewärmte Propaganda-Lüge ist.

Am 21. 8. 2013 war es in Ghuta bei Damaskus zu einem Giftgasangriff gekommen, bei dem zwischen 300 und bis zu 1700 Menschen ums Leben kamen. Die USA und ihre Verbündeten machten sofort die syrische Regierung verantwortlich, ohne Beweise vorlegen zu können, und drohten mit einem Luftkrieg. Dass der Westen mit den Dschihadisten kooperierte, blieb unerwähnt. „Anfang Dezember hatte der US-Journalist Seymour Hersh berichtet, die US-Regierung habe Informationen über Giftgasvorräte in den Händen der bewaffneten syrischen Gruppen manipuliert (siehe Junge Welt vom 10. Dezember 2013).“

Anfang 2014 legten die beiden US-Forscher Richard Lloyd, ein früherer UN-Waffeninspekteur, und Theodore Postol, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), einen Untersuchungsbericht vor, wonach die Giftgasmunition nicht aus den Gebieten, die von syrischen Regierungstruppen kontrolliert wurden, abgefeuert worden sein konnten, da die Trägerwaffen dafür eine zu geringe Reichweite hatten.⁷ Jedenfalls unterließ Obama das direkte militärische Eingreifen der USA.

Dieses Bild des „schuldhaften deutschen Gaseinsatzes im Holocaust“ gegenüber „Assads Gaseinsatz gegen das eigene Volk“ ist für Bittner so unmittelbar überzeugend, dass Deutschland sozusagen sofort aufschreiend gegen Assad hätte zu den Waffen greifen müssen. Doch: „Verteidigungsbewusste Politiker in Berlin versagen gegen dieses Bild und argumentieren, dass das Deutschland der Nachkriegszeit an größeren militärischen Operationen teilgenommen habe. Nimm Kosovo! Nimm Afghanistan! Große Missionen! Lass dich nicht täuschen. Es ist inzwischen völlig klar, dass diese Interventionen kaum die Regel darstellen, sondern zwei Ausnahmen von einer bequemen und heiligeren außenpolitischen Haltung sind, die die Deutschen in den letzten 70 Jahren gepflegt haben.“

Das Wort *heilig* wird hier natürlich ironisch verwendet. Ich habe noch nie gehört, dass man in Deutschland, keinen Krieg zu führen, als *heilig* empfinden und bezeichnen würde. Obwohl *heilig* ja natürlich mit *heil* im Sinne von ganz, unzerstört zusammenhängt und daher religiös der Sphäre des Göttlichen, Vollkommenen, mit dem Willen der Gottheit übereinstimmend zugeordnet ist. Bittner verstärkt seine Ironie noch, indem er *heilig* in den Komparativ setzt, die unkriegerische Außenpolitik sei *heiliger*, was ja impliziert, dass die amerikanische Kriegsführung, welche die Deutschen mitmachen sollen, auch heilig sei, nur etwas weniger. – Eine durch und durch widerliche, diabolische Sprache.

Schließlich belehrt er, einige „unserer Führer“ hätten die Sache verstanden gehabt. „Wir haben immer gesagt: Nie wieder Krieg“, rief der deutsche Außenminister Joschka Fischer 1999 aus. „Aber wir haben auch immer gesagt: Nie wieder Auschwitz!“ Doch die meisten hätten das ignoriert.

„Im Nachhinein bin ich mir ziemlich sicher, dass es der Glaubwürdigkeit von Herrn Fischer selbst, einem Außenminister der linken Grünen, bedurfte, um die Deutschen davon zu überzeugen, dass militärische Maßnahmen erforderlich sind. Niemand sonst hätte das Tabu brechen können. Und selbst er tat es nur vorübergehend. Heute ist ein solcher mentaler Rammbock nicht in Sicht.“ –

Es bedarf also eines „mentalen Rammbocks“, noch dazu eines, der sich auch massiver Lügen bedient⁸, um den Friedenswillen der Deutschen zu brechen. Aber es ist keiner mehr in Sicht, meinte Bittner 2013 und wandte sich abschließend in gespielter Resignation an die Amerikaner: „Zählen Sie auf absehbare Zeit nicht auf uns Deutsche. Wir zählen auf Sie.“

Naja, es hat sich ja seitdem mit seiner und der Hilfe der anderen Transatlantiker bei „unseren Führern“ doch einiges getan.

Mir ist noch kein Artikel eines Journalisten unter die Augen gekommen, der so viele Lügen enthält, wie der dieses Mannes aus dem Hause der ZEIT, wo er seit 2001 als Redakteur für Politik wirken kann. Man fragt sich, wo in so jemandem, der hartnäckig und mit zynischer Leidenschaft die kalte Absicht millionenfacher Tötung propagiert, überhaupt noch eine menschlich-sittliche Instanz vorhanden ist. Denn wo nicht

das menschliche Ich mit warmem Herzen im Innern Wache über die in das Bewusstsein einfallenden Gedanken hält, verschwindet die Menschlichkeit, und es ziehen Wahnsinnsvorstellungen ein.

Wolfgang Ischinger in New York

Am 11. November 2016 veröffentlichte die New York Times einen Artikel des transatlantischen Vasallen und Managers der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger, der sich darin insbesondere besorgt über die NATO-kritischen Äußerungen des neuen US-Präsidenten Trump zeigte, die dieser als „obsolete“, d.h. etwa als „überholt“, „altmodisch“, „unbrauchbar“ bezeichnet hatte.⁹

„Verständlicherweise sind die Europäer zutiefst besorgt über einige der Ansichten, die Herr Trump während der (Wahl-) Kampagne geäußert hat. Dieser Moment der transatlantischen Unsicherheit muss schnell enden.

...

Erstens erwarten die europäischen Verbündeten ein klares Bekenntnis zur transatlantischen Sicherheitspartnerschaft. Herr Trump sollte die amerikanische Sicherheitsgarantie in der NATO bekräftigen, die seit ihrer Gründung 1949 von keinem Präsidenten in Frage gestellt wurde. ...

Wenn die Europäer nicht beruhigt würden, würde dies bedeuten, der NATO-Allianz den Boden zu entziehen. Historisch war es für die Vereinigten Staaten immer billiger, die europäische Sicherheit aktiv zu übernehmen, anstatt Europa weitgehend allein zu lassen. Der gewählte Präsident Trump kann und sollte sich für eine gerechtere Verteilung der Lasten einsetzen.“

Mit letzterem meint er, dass Trump von den Europäern höhere Militärausgaben fordern soll, um die USA zu entlasten; was Trump ja auch getan hat. Dann steigert Ischinger noch seine anbiedernde Unterwürfigkeit, indem er schreibt:

„Die Europäer mögen keine einfachen Partner sein; selbst Barack Obama war oft frustriert von Europas Unentschlossenheit und Neigung, eigene Wege zu gehen. Aber wo auch immer Herr Trump hinsieht, wird er keine besseren Partner finden, mit denen er zusammenarbeiten könnte, um Amerikas strategische Interessen zu sichern und als Machtmultiplikatoren für seine militärische Macht zu dienen.“

Unglaublich, eine größere Selbstaufgabe Europas als dienender Bestandteil des globalen US-Imperialismus ist kaum denkbar.

Schließlich geht er noch zur globalen Wirtschaft über, dem zweiten Machtfaktor des US-Imperialismus: *„Zweitens erwartet Europa von der Trump-Administration, dass sie Initiativen unterstützt und vorschlägt, um eine noch stärkere transatlantische Wirtschaft aufzubauen. Vorgänger von Herrn Trump, Demokraten und Republikaner gleichermaßen, haben eine liberale wirtschaftliche Weltordnung aufgebaut, die auf der Idee des offenen und freien Handels basiert. Herr Trump sollte der Welt versichern, dass er diese grundlegende Strategie nicht in Frage stellen wird.“*

Die liberale wirtschaftliche Weltordnung, die Trumps Vorgänger aufgebaut haben, und die auf der Idee des offenen und freien Handels basiert, besteht in einer ungezügelter Ausbreitung des westlichen Raubtierkapitalismus, gegen dessen Eindringen sich kein Land schützen darf. Über diese Art der globalen Wirtschaft äußerte sich Henry Kissinger süffisant, sie sei „nur ein anderes Wort für US Weltherrschaft“¹⁰ denn die Macht über andere Länder wird heute weniger über militärische Besetzung, als vielmehr durch wirtschaftliche Abhängigkeit ausgeübt.

Diese will der auch als Journalist tätige Globalist Ischinger offensichtlich ebenfalls fördern.

Fazit

Kriegsverbrecher sind nicht nur diejenigen, die Angriffskriege heimtückisch einfädeln, provozieren, vom Zaun brechen, anordnen und mit unendlicher Zerstörung und menschlichem Leid durchführen. Nicht weniger verwerflich handeln die journalistischen Kriegstreiber, die mit Lügen das Bewusstsein der Menschenmassen manipulieren, versteckt zum Hass anstacheln und zum Krieg bereit machen oder sie in Angst und Misstrauen stürzen. Daher kann man mit Recht sagen:

“Die gefährlichsten Massenvernichtungswaffen sind die Massenmedien. Denn sie zerstören den <Geist>, die Kreativität und den Mut der Menschen, und ersetzen diese mit Angst, Misstrauen, Schuld und Selbstzweifel.”

¹¹

In diesem diabolischen Chor, der das Denken der Menschen kontrolliert und vergiftet, schreckt Jochen Bittner auch vor Heuchelei nicht zurück. In der Zeit vom 19.7.2017 besprach er, einer derjenigen, die das Denken der Bürger ständig manipulieren, eine Studie der Hamburg Media School und der Uni Leipzig, nach der in der Flüchtlingskrise große Teile der Journalisten ihre Berufsrolle verkannt und die aufklärerische Funktion ihrer Medien vernachlässigt hätten. Statt als neutrale Beobachter die Politik und deren Vollzugsorgane kritisch zu begleiten und nachzufragen, hätte der Informationsjournalismus die Sicht, auch die Losungen der politischen Elite übernommen und Andersdenkende übergangen oder ausgegrenzt.

Bittner beurteilt diese Studie – man lese und staune – positiv und erhebt sich scheinheilig über die Journalisten von Tageszeitungen, die untersucht worden waren, indem er schon seinen Artikel mit den Sätzen

beginnt: „Es ist das Migrationsjahr 2015, und die wichtigsten Tageszeitungen Deutschlands verwandeln sich in Volkserziehungsbroschüren. **Die Journalisten kontrollieren nicht mehr das Handeln der Politik, sie kontrollieren das Denken der Bürger.**“¹²

Also er kritisiert das verwerfliche Handeln anderer Journalisten, das gerade sein Handeln im höchsten Maße kennzeichnet.

Nachbemerkung: Den Hinweis auf die beiden Artikel in der New York Times verdanke ich dem Leser Jochen Scholz in seinem Kommentar zu meinem Artikel „Neue Verantwortung“ ...
<http://de.wikimannia.org/Transatlantiker>

Siehe die ausführlich Analyse: Neue Verantwortung ...

nytimes.com 4.11.2013

Nachweise der Zitate und wahre Ziele: Von der Wegbereitung des „,

Siehe: Daniele Ganser: Illegale Kriege, Zürich 2017⁶, S. 237 f.

geolítico.de 12.10.2018

Vgl. ag-friedensforschung.de

Es begann mit einer Lüge ; sowie Anm. 5, S. 157 f.

nytimes.com 11.11.2016

diepresse.com

M.A. Verick: Das Medienmonopol, Mai 2016

zeit.de 19.7.2017

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/12/04/wie-transatlantiker-zum-krieg-hetzen/>

ARD-Sendung "Anne Will": Fake News und Stimmungsmache gegen Russland

6.12.2018 • 19:26 Uhr <https://de.rt.com/1q5e>



© Screenshot ARD

Die Moderatorin Anne Will, links Christoph von Marschall vom Tagesspiegel.

In der abendlichen ARD-Sendung "Anne Will" vom 2. Dezember redeten beide im Gleichklang.

Die ARD-Sendung am Sonntag "glänzte" mit mehreren Falschbehauptungen, die am Ende einen Angriff auf Nord Stream 2 begründen sollten. Dabei haben nicht nur die Autoren der Sendung gelogen. Auch die CDU-Generalsekretärin argumentierte mit erfundenen Opferzahlen.

von Wladislaw Sankin

Das deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen liefert regelmäßig Beispiele dafür, wie Desinformation und Stimmungsmache unter dem Deckmantel eines vorgeblich seriösen Polit-Talks funktionieren. Hier wird dies am Beispiel einer Sendung dokumentiert.

Am 2. Dezember zeigte die ARD den 3,45 Millionen Zuschauern wie gewohnt um 21:45 Uhr die wöchentliche Polit-Talkshow "*Anne Will*". Der Titel lautet: "Eskalation im Ukraine-Konflikt – wie umgehen mit Präsident Putin?" Schon mit der Schlagzeile ist eine klare Schuldzuweisung im besagten Konflikt verbunden. Außerdem erfolgt die Betrachtung von oben herab, der Präsident eines Staates wird wie ein ungehöriger

Schüler behandelt. Aber wie fragwürdig sie auch immer sind, sind solche journalistische Mittel zumindest legitim.

Gleich im Vorspann wird es jedoch manipulativ. Zunächst werden Bilder gezeigt, die das russische Verteidigungsministerium der Weltöffentlichkeit gleich nach dem Vorfall am 25. November in der Straße von Kertsch im Schwarzen Meer zur Verfügung gestellt hat – Bilder der Schiffsmanöver aus der Vogelperspektive sowie des Augenblicks, in dem ein ukrainisches Schiff von einem russischen gerammt wird. Gründe für diese Manöver werden nicht genannt, weder aus russischer noch aus ukrainischer Sicht. Danach wird die sogenannte "Annexion der Krim" als rein militärischer Akt dargestellt. Zum Schluss wird die deutsche Bundeskanzlerin zitiert. Sie fordert von Russland:

Der freie Schiffverkehr ins Asowsche Meer zu den ukrainischen Küsten und Städten muss gewährleistet sein. Dazu gibt es eine vertragliche Grundlage von 2003. Diese Grundlage muss Russland einhalten. Danach sagt die Off-Stimme: "Viel ausrichten kann sie daran nicht. Wladimir Putin bleibt unnachgiebig." Dann folgt ein Ausschnitt aus seiner Pressekonferenz beim G20-Gipfel am 1. Dezember: Die Regierung in der Ukraine ist die Partei des Krieges. Und solange sie regiert, werden dieser Krieg und die Tragödien weitergehen.

Mit "Krieg" meint er aber den bewaffneten Konflikt im Donbass, den die ukrainische Führung offenbar nicht zu lösen gewillt ist. Doch die Aneinanderreihung der Zitate und die Anmoderation lassen keinen anderen Schluss zu, als dass Russland die ukrainischen Häfen blockiert und das auch in Zukunft tun will. Die Diskussion bekommt damit einen Rahmen, dem zufolge Russland in mehrfacher Hinsichten ein Aggressor ist, und damit kann jeder Vorschlag, der keine Strafe Russlands beinhaltet, gleich als Appeasement abgetan werden. Der *Tagesspiegel*-Korrespondent Christoph von Marschall, der eine extrem antirusische Haltung vertritt, bekommt so Gelegenheit, die ganze Sendung zu dominieren.

Über 700 Schiffe blockiert

Gegen Minute 20 wird ein zweites Video eingespielt, das einen russischen Tanker zeigt, der sich quer vor die Durchfahrt unter der Krimbrücke stellt. Ohne Angaben, wann und warum dies passierte. Und dann beschwert sich die Kanzlerin wieder über die Blockade, die "ganze Teile der Ukraine" blockiere.

Ab diesem Moment übernimmt die Moderatorin Anne Will immer mehr die Rolle der Anklägerin. Dietmar Bartsch, der vorschlägt, sich über den Fall besser zu informieren und differenzierter zu urteilen, entgegnet sie, dass die Einfahrt blockiert sei.

Das passiert aber ja dauernd, mehr als 700 Schiffe werden daran gehindert, einzufahren in das Asowsche Meer. (gegen Minute 21).

Mehr zum Thema –

Vorauselnde Reaktion – USA schlagen Anlegeverbot für russische Schiffe in Europa vor.

Man stelle sich nun eine Schlange aus 700 Schiffen vor, deren Einfahrt der auf den Bildern gezeigte Tanker verhindert. Der Eindruck, dass Russland einen Teil der Ukraine durch diese Maßnahme wirtschaftlich stranguliert, war jedenfalls eindeutig. Und er blieb nicht ohne Wirkung, zumal dieser Darstellung von keinem der Diskussionsteilnehmer widersprochen wurde. Gegen Minute 27 legt die Moderatorin nach und behauptet in der Debatte mit der Bundesjustizministern Katarina Barley, die "Blockade der Meeresenge" sei eine Tatsache. Sie wiederholt: "Mehr als 700 Schiffe werden daran gehindert, da reinzufahren."

Durch eine Wiederholung wird eine Behauptung aber nicht wahrer. Bereits am 29. November nahm die russische Botschaft in Deutschland auf ihrer Homepage ausführlich Stellung zu den Vorwürfen der angeblichen Blockade – also Tage vor dem Presseauftritt der Kanzlerin und der Sendung von Anne Will. Unter Punkt 6 heißt es dort wortwörtlich:

Die Anschuldigungen, die Schiffe würden über viele Stunden oder sogar Tage zur Kontrolle festgehalten, sind gekünstelt. Die absolute Mehrheit (1.389 oder 93%) von den im genannten Zeitraum [zwischen April und Oktober; Anm. d. Autors] durchgeführten 1.492 Kontrollen fand auf der Reede bei der Einfahrt in die Straße von Kertsch aus dem Schwarzen und dem Asowschen Meer in dem Zeitpunkt statt, wo Karawanen zur Durchfahrt durch den Kertsch-Jenikale-Kanal gebildet wurden (es besteht der Lotsenzwang, den früher auch die Ukraine eingesetzt hatte). Dabei liefen 772 Schiffe (52%) ukrainische Häfen und 720 (48%) russische Häfen an. Diese Zahl schließt obligatorische Kontrollen der Schiffe bei der Grenzkontrolle in den russischen Häfen nicht ein. Die Kontrolle selbst dauerte in der Regel nicht länger als 3 Stunden. Die längste Kontrolle nahm im Einzelfall 5 Stunden in Anspruch, was den Informationen zuwiderläuft, die Schiffe würden von uns innerhalb von bis zu einer Woche aufgehalten.

Der Zeitaufwand für die Durchfahrt durch die Straße von Kertsch erklärt sich nicht mit Grenzkontrollen, sondern mit einer Sonderregelung der Schifffahrt durch den Kertsch-Jenikale-Kanal, die durch seine spezifischen Maße und komplizierte hydrometeorologische und nautische Verhältnisse bedingt ist. Diese Sonderregelung, einschließlich des Lotsenzwangs und der Einreihung in Karawanen, gab es auch vor der Errichtung der Krim-Brücke, unter anderem als die Schifffahrt im Kanal unter ukrainischer Verwaltung stand.

Im Asowschen Meer selbst wurden die Schiffe durchaus selten (103 Fälle) nur aus triftigen Gründen zur Kontrolle angehalten.

Sollte die russische Botschaft an dieser Stelle etwas Falsches behaupten, sollte man diese Behauptungen mit Beweisen widerlegen. Man hat sich aber in diesem Fall mit wichtigen und relevanten Informationen gar nicht auseinandergesetzt. Es stellt sich die Frage – für wen tut die russische Botschaft das, wenn nicht für die deutschen "Hauptstadtjournalisten", die ein Millionenpublikum mit Informationen und Meinungen versorgen? Doch diese Journalisten scheinen sich für Fakten gar nicht zu interessieren.

Die Tanker-Lüge

Und was ist mit dem Tanker? Das in der Sendung vom 2. Dezember gezeigte Schiff, das angeblich die Einfahrt blockieren sollte, war weniger als einen Tag vor Ort. Bereits am **26. November** um 4 Uhr morgens wurde die Einfahrt freigegeben, wie die russische Nachrichtenagentur TASS meldete. Als am 25. November klar geworden sei, dass die bewaffneten ukrainischen Militärschiffe auf die Passage unter der Krimbrücke ansteuerten, sei die Stelle aus Sicherheitsgründen für den zivilen Schiffsverkehr gesperrt worden, hieß es weiter.

Selbst der ukrainische Transportminister Wladimir Omeljan, der regelmäßig mit Drohungen gegen Russland für Aufsehen sorgt, räumte am Morgen des 4. Dezember ein, dass es keine Blockade gebe und die Schifffahrt "teilweise" entsperrt sei. Im Moment warteten 17 Schiffe auf die Durchgangskontrolle, meldete er.

Also:

Statt 772 angeblich abgewiesenen Schiffen gab es in Wahrheit lediglich 17, die einfach "kontrolliert wurden". Und wie weitreichend beispielsweise die "Tanker-Lüge" war, zeigt die Argumentationskette des *Tagespiegel*-Mannes von Marschall. Als es um die juristische Seite des Konfliktes geht, sagt er mit Verweis auf gezeigte Bilder (Minute 35) sechseinhalb Tage nach der Beendigung der vorfallbedingten Blockade bei seinem Appell an Katarina Barley und Dietmar Bartsch:

Es ist klar, dass ein russischer Tanker **im Moment** die ukrainischen Schiffe blockiert. Sperre eines halben Landes!

An dieser Stelle bemühte sich der USA-Korrespondent mit einem Vergleich hinsichtlich der Blockade von Berlin 1948–1949. Niemand korrigiert von Marschall. Offenbar wurde in Deutschland niemand richtig über den Vorfall von Kertsch informiert – zumindest unter denjenigen, die sich bei ihrer Informationsbeschaffung nur auf öffentlich-rechtliche Medien verlassen.

Russlands "verdeckter Krieg"

Man kann sich dabei fragen, wie viele Falschinformationen die meistgesehene Polit-Sendung des Landes überhaupt vertragen kann. Offenbar viele, wenn es darum geht, das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 aufs Neue zu attackieren. Denn nach der anfänglichen Diskussion, die offenbar zum Zweck hatte, Russland als ein Land darzustellen, zu dessen beliebtestem Werkzeug Blockaden gehören, wurde die Frage gestellt: Sollen wir Nord Stream 2 nun doch aufgeben? Als Vorspann dient zunächst ein tendenziöses Video, in dem der ukrainische Premier Wladimir Groisman als Kronzeuge zitiert wird: Nord Stream 2 sei eine geopolitische Waffe im verdeckten Krieg Russlands gegen Europa. Die alarmierende Musik und die Sprecherstimme unterstreichen das Gesagte.

Mehr zum Thema

– Die USA-Lobby: Deutsche Staatsmedien im Fadenkreuz der Transatlantik-Gefolgsleute –

Nach dieser Vorlage stehen in der Restzeit der Sendung die Befürworter des Projekts unter Rechtfertigungsdruck. Insbesondere Annegret Kramp-Karrenbauer gerät ins Visier – sie wird von Anne Will unnachgiebig aufgefordert, sich in dieser Frage gerade als mögliche künftige Kanzlerkandidatin klar zu positionieren.



Mehr lesen: **Dr. Gniffkes Macht um Acht: Auftrieb zum neuen Krim-Krieg**

10 000 ukrainische Soldaten

Das tut sie nicht, die kleine Prüfung im Geschick beim Ausweichen hat sie bestanden. Wo sich die Kandidatin für den CDU-Vorsitz aber klar festlegt, sind die Zahlen, die sie nennt, als es um die Opfer des Donbass-Krieges geht. Sie sagt, es seien schon "10 000 ukrainische Soldaten" dadurch gestorben.

Fakt ist, Russland hat die Krim völkerrechtswidrig annektiert. Fakt ist, die Rebellen in der Ostukraine werden von Russland unterstützt. Fakt ist, 10 000 ukrainische Soldaten sind gestorben, Fakt ist, die Hälfte der Bevölkerung ist geflüchtet, Fakt ist, die ganze Region ist zerstört", sagte die CDU-Generalsekretärin im Wortlaut bei Minute 24.

Dabei operierte die CDU-Frau gerade im sensibelsten Bereich – bei Opferzahlen – mit "alternativen Fakten". Den glaubwürdigsten Schätzungen zufolge waren es im Laufe des Krieges über 11 000 Menschen, die ihr Leben verloren haben. Aber gestorben sind nicht nur ukrainische Soldaten! Im August 2018 meldete die UNO 3035 getöteten Zivilisten (Opfer des MH17-Absturzes inklusive), wobei die überwiegende Zahl ziviler Opfer, darunter ca. 200 Kinder, durch Minen und Geschosse ukrainischer Truppen auf den Territorien der beiden nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk gestorben ist. Wikipedia meldet unter Verweis auf *Ukrainian Weekly Bulletin* 4151 gestorbene ukrainische Militärangehörige (darunter auch mehrere Hundert nicht kampfbedingte Todesfälle, etwa durch Selbstmord). Die bewaffneten Einheiten der Gegenseite verlören ebenso ca. 4000 Personen (verschiedenen Schätzungen zufolge zwischen 3541 bis 4412).

Damit liegt die Zahl der Opfer des Kriegs bei über 11 000, wobei ukrainische Militärangehörige weniger als 40 Prozent der Opfer ausmachen. Eine deutsche Politikerin, die gleich am Anfang der Sendung beinahe schon als mögliche Kanzlerkandidatin gehandelt wurde, täuschte Millionen deutscher Zuschauer massiv über die Zahl und Zusammensetzung der Opfer jenes Krieges, der seit bald fünf Jahren die ganze europäische Politik lähmt. Ob sie "nur" schlecht informiert wurde oder vorsätzlich log, ist dabei nebensächlich: Beides ist schlimm. Denn mit derartiger "Informationssbeschaffung" versetzt man nicht nur die herrschende gesellschaftliche Ordnung in Gefahr, sondern auch elementar unsere Leben, denn Desinformation und darauf aufbauende Stimmungsmache sind und bleiben immer die ersten Waffen im Krieg.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/80546-anne-will-vom-2-dezember-fake-news-stimmungsmache/>

Umgang mit Menschen

Beim Umgang mit den Menschen gibt es keinen besseren Weg, als Worte und Reden gut zu bedenken und sie im Zaum zu halten.

SSSC, 6. Februar 2012

00.14 h, Billy

Ukraine verhängt Kriegsrecht und vom Westen gibt es Säcke voll Geld

• 6.12.2018 • 22:25 Uhr <https://de.rt.com/1q5m>



• Quelle: Reuters © Reuters

IWF-Direktorin Christine Lagarde empfängt den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko im IWF-Hauptquartier in Washington (20. Juni 2017)

Zufall oder Entgelt für einen Auftrag? In derselben Woche, in der der ukrainische Präsident über den russischsprachigen Teil des Landes das Kriegsrecht verhängt hat, hat der IWF ihm eine weitere Milliarden-Dollar-Hilfe zugesichert. Zugleich kam Geld von der EU.

von Rainer Rupp

Während des Kalten Krieges kursierte nach jeder neuen US-Provokation gegen die Sowjetunion unter deutschen Mitarbeitern im NATO-Hauptquartier in Brüssel der Spruch, dass die Amis es mal wieder darauf angelegt hätten, "bis zum letzten Bundeswehrosoldaten gegen die Russen zu kämpfen". Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die USA mit der von Washington geführten NATO ihre Grenzen weit nach Osten vorgeschoben, weshalb sich auch das potenzielle Kanonenfutter verändert hat. Anscheinend haben die Ukrainer in der aktuellen Neuauflage des Kalten Krieges den Platz der Deutschen eingenommen.

Um das für den zweiten Kalten Krieg notwendige realistische Bedrohungspotenzial gegen Russland aufzubauen, waren es vor allem die USA, die der neofaschistischen Putschregierung in der Ukraine in den letzten vier Jahren nicht nur mit umfangreichen Waffenlieferungen unter die Arme gegriffen, sondern auch mit größeren Ausbildungsprogrammen die ukrainische Armee in modernen Kampftechniken gedrillt und weitgehend NATO-kompatibel gemacht haben.

Zugleich wurde die korrupte Regierung in Kiew, die den ukrainischen Staat erst recht zugrunde gewirtschaftet hat, trotz anhaltender Miss- und Vetternwirtschaft mit immer neuen, großzügigen Milliarden-Hilfen über Wasser gehalten. Nur so konnte Washington die Faschisten und Oligarchen in Kiew an der Macht halten, denen die US-Falken die Rolle der Kanonenfutterlieferanten im neuen Kalten Krieg zuge-dacht haben.

Vieles deutet darauf hin, dass die US-Kriegstreiber inzwischen bereit sind, in einen Stellvertreterkrieg bis zum letzten ukrainischen Soldaten gegen Russland zu kämpfen, ohne selbst direkt in Kriegshandlungen verwickelt zu werden. Sie haben genau das erreicht, was sie Moskau unmittelbar nach dem Maidan-Putsch angedroht hatten, dass sie nämlich in Zukunft jederzeit vor der Haustür Russlands zündeln könnten, wenn sich der Kreml dazu anschickt, die US-Weltherrschaftspläne zu durchkreuzen.

Um aber das ukrainische Gangster-Regime bei der Stange zu halten, muss es mit Geld, mit viel Geld gefüttert werden. Da die USA zusammen mit dem restlichen "Wertewesten" Kraft ihrer Stimmanteile den Internationalen Währungsfonds (IWF) kontrollieren, kommt das meiste Geld nicht einmal aus dem US-Staatshaushalt, sondern vom IWF. In Europa hat sich die EU in Brüssel besonders großzügig bei der Vergabe von unseren Steuergeldern gezeigt, mit denen sie in Kiew, der europäischen Hauptstadt der finanziellen Selbstbedienung, ein Fass ohne Boden zu stopfen versucht.

Am Mittwoch letzter Woche, am selben Tag, als der ukrainische Präsident das neue Gesetz über das Kriegsrecht unterzeichnet hatte, hatte Christine Lagarde, geschäftsführende Direktorin des IWF, Poroschenko in einem Telefongespräch persönlich eine neues Hilfspaket zugesagt. Laut der ukrainischen Nachrichtenagentur UNIAN habe Lagarde ihm versichert, dass wichtige Parameter des ukrainischen Haushalts für 2019 auf dem (welch ein Witz; der Autor) richtigen Weg seien, um ein im letzten Monat vereinbartes neues Hilfsprogramm in Höhe von 3,9 Milliarden US-Dollar zu vereinbaren, "das dem Land dabei helfen soll, die Finanzstabilität und das Vertrauen der internationalen Investoren insbesondere vor einer unsicheren Wahlperiode im nächsten Jahr aufrechtzuerhalten". Zugleich habe Frau Lagarde gegen-

über Poroschenko betont, dass "die Einführung des Kriegsrechts die Interaktion mit dem IWF nicht beeinflusst."

Angesichts der frierenden Städte, der grassierenden Armut der Menschen und des zunehmenden Hungers und der Krankheiten wegen Lebensmittelmangels ist diese IWF-Erklärung blanker Zynismus.

Die neue Vereinbarung, die im Oktober dieses Jahres zwischen dem IWF und der Ukraine unterzeichnet worden war, soll sich über 14 Monate erstrecken. Sie tritt an die Stelle eines früheren Hilfsprogramms in Höhe von 17,5 Milliarden US-Dollar aus dem Jahr 2015, das die marode Wirtschaft der Ukraine unterstützen sollte. Auch die Europäische Kommission hat Ende November weitere 500 Millionen Euro für die Ukraine lockergemacht. Das ist die erste Tranche des vierten Programms der Multi-Milliarden-Euro-Hilfe für die Putschisten in Kiew.

Trotz all dieser Hilfen liegt die Wirtschaft des Landes am Boden. Vor allem wegen des fortdauernden Krieges des faschistischen Regimes in Kiew gegen große Teile der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine befindet sie sich in einem hoffnungslosen Zustand. In dieser Situation zu erklären – wie es IMF-Chefin Lagarde laut den Meldungen anscheinend getan hat –, dass Poroschenkos "Einführung des Kriegsrechts die Interaktion mit dem IWF nicht beeinflusst", hat mit verantwortungsvoller Kreditvergabe einer internationalen Finanzinstitution absolut gar nichts mehr zu tun, aber sehr viel mit finanzieller Unterstützung des "Wertewestens" für die Politik der Kriegstreiber gegen Russland.

Der Journalist Mark Ames hat offensichtlich dieselbe Beobachtung gemacht und sie treffend wie folgt zusammengefasst:

Der IWF hat eine komische Art und Weise, immer dann mit Geldsäcken und einem Lächeln auf den Fotos aufzutauchen, wenn prowestliche Gewaltherrscher das Kriegsrecht erklären.

RT Deutsch bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/80554-kriegsrecht-in-ukraine-vom-westen/>

Planspiele von US-Forschern: Manipulation der Erdatmosphäre soll Klimawandel aufhalten

7.12.2018 • 06:30 Uhr <https://de.rt.com/1q4u>



Quelle: www.globallookpress.com © Global Look Press

Um die Erderwärmung aufzuhalten, plädieren US-Forscher für die Manipulation der Erdatmosphäre.

Gegenwärtig wird auf dem Klimagipfel in Polen diskutiert, wie sich der Klimawandel abwenden lässt. US-Forscher schlagen eine kostengünstige und technisch machbare Lösung vor: Eine Flotte von Flugzeugen soll Schwefelpartikel in der Erdatmosphäre versprühen.

Am Montag hat im polnischen Katowice der diesjährige Klimagipfel begonnen, an dem Vertreter aus 200 Staaten teilnehmen. Die Zusammenkunft schein dringender geboten denn je: Vor Wochen vermeldeten Klimaforscher, dass die gemessene Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre so hoch sei wie nie zuvor. Um das in Paris vereinbarte Klimaziel – eine durchschnittliche Erderwärmung von maximal 2 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 – noch zu erreichen, müssten die Anstrengungen laut einem UN-Bericht verdreifacht werden. Auch ein aktueller US-Regierungsbericht warnt vor den katastrophalen Folgen des Klimawandels.

Um diesen aufzuhalten, will die Weltbank nun ihre Klimaschutzmittel auf 200 Milliarden US-Dollar für den Zeitraum 2012 bis 2025 verdoppeln. Dass am Wochenende in Deutschland Tausende für mehr Klimaschutz auf die Straße gingen, zeugt von dem wachsenden Bewusstsein in dieser Frage.

Und so bedrohlich die Folgen eines Klimawandels, so radikal fallen die Lösungsansätze aus, die Wissenschaftler ausbrüten. Dazu zählt etwa die Idee, in der Erdatmosphäre großflächig feine Schwebeteilchen

(sogenannte Aerosole) auszusetzen, die einen Teil der Sonneneinstrahlung reflektieren und somit die Erderwärmung verlangsamen. Solche technischen Eingriffe in die geochemischen oder biogeochemischen Kreisläufe der Erde werden auch als Geoengineering bezeichnet.

Pentagon-Guru als Ideengeber

Ein Experte auf diesem Gebiet ist der US-Astrophysiker und Erfinder Lowell Wood. Der Tüftler löste vor drei Jahren Thomas Edison als denjenigen Amerikaner ab, dem die meisten Patente erteilt wurden. In einem ausführlichen Hintergrundartikel zum Thema Geoengineering aus dem Jahr 2011 beschrieb ihn das *Rolling Stone Magazine* als "einen der wichtigsten Waffenentwickler des Pentagon" und als "Guru des Verteidigungsministeriums für Bedrohungsanalysen". Wood war sich bereits damals sicher, dass die "Aufladung" der Atmosphäre mit Schwefel-Partikeln die Erderwärmung sofort stoppen könnte. Und das alles mit minimalen Kosten – 100 Millionen US-Dollar jährlich – sowie ohne Gefahren für die Umwelt.

Viele Wissenschaftler zeigten sich seinerzeit jedoch skeptisch gegenüber Woods Vorschlag. Auch deshalb, weil er ein Zögling von Edward Teller ist, von dem er entscheidend beeinflusst wurde. Teller gilt als "Vater der Wasserstoffbombe". Wegen seiner umstrittenen technischen Ansätze wie etwa die Nutzbarmachung nuklearer Explosionen für zivile Bauprojekte und seinen Defiziten im zwischenmenschlichen Umgang soll er Regisseur Stanley Kubrick als Vorlage für die titelgebende Filmfigur "Dr. Strangelove" gedient haben. Teller war ein prominenter Fürsprecher des SDI-Projekts, an dem sein Protegé Wood mitwirkte.

Studie hält Idee für technisch umsetzbar

Inzwischen haben sich die Vorbehalte in der akademischen Welt über dessen Ansichten zur Wettermanipulation aber deutlich abgeschwächt: Forscher der Yale- sowie der Harvard-Universität griffen Woods Pläne auf und prüften diese auf ihre Praxistauglichkeit. Laut ihrer kürzlich veröffentlichten Studie wäre eine Flotte von 100 Flugzeugen mit zunächst jährlich 4.000 Einsätzen nötig, um durch das Versprühen von Schwefel-Aerosolen in einer Höhe von knapp 20.000 Metern den gewünschten Effekt zu erzielen, die Erderwärmung um die Hälfte zu reduzieren. Im Verlauf des betrachteten Zeitraums von 15 Jahren wäre eine Steigerung der Flugeinsätze auf jährlich 60.000 notwendig.

Laut Mitverfasser Dr. Gernot Wagner habe die Studie nachgewiesen, dass diese Form des Geoengineerings "rein von einem Ingenieurs-Standpunkt aus betrachtet, technisch möglich wäre". Zu den Kosten sagt Wagner:

Es wäre auch bemerkenswert preiswert, mit einem Durchschnitt von rund 2 bis 2,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr in den ersten 15 Jahren.

Zur Umsetzung solcher Pläne müssten aber erst geeignete Flugzeuge entwickelt werden, so Co-Autor Wake Smith: "Kein vorhandenes Flugzeug verfügt über die Kombination aus Flughöhe und Nutzlast, die erforderlich ist."

Im Grunde genommen handelt es sich bei dem Vorhaben um eine Imitation eines Vulkanausbruchs, bei dem massenhaft Schwefelpartikel ausgestoßen werden, wodurch die Erde gegen Sonneneinstrahlung abgeschirmt wird. Ein dramatisches Beispiel dafür war der Ausbruch des isländischen Laki-Vulkans im Jahr 1783, der globale Auswirkungen auf das Klima hatte und zu einer Abkühlung der nördlichen Hemisphäre um 1,5 Grad Celsius führte.

Warnung vor unabschätzbaren Folgen

Die American Meteorological Society warnt allerdings seit Jahren vor der Umsetzung solcher Pläne zur Nachahmung von Vulkanausbrüchen. In einer 2013 veröffentlichten Erklärung heißt es:

Die Reflektion des Sonnenlichts würde wahrscheinlich die Durchschnittstemperatur der Erde senken, könnte aber auch die globalen Zirkulationspfade verändern, mit potenziell schwerwiegenden Folgen wie wechselnden Sturmpfaden und Niederschlagsmustern.

Die Folgen des künstlich erzeugten Sonnenschirms würden mit Sicherheit nicht alle Nationen und Bevölkerungen gleichermaßen treffen – manche Regionen könnten überflutet, andere zur Wüste werden –, wodurch Probleme in "rechtlicher, ethischer und diplomatischer" Hinsicht entstünden sowie in der Frage der nationalen Sicherheit.

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt der Planungsstab der Bundeswehr. In einer im November 2012 veröffentlichten Analyse zu Geoengineering heißt es, dass allen Methoden zur Manipulation der Atmosphäre gemein sei, "dass sie keinen Einfluss auf den Ausstoß von Treibhausgasen ausüben. Sie wirken also nicht gegen die Ursachen des Klimawandels sondern nur gegen die Folgen". Zudem wäre eine dauerhafte Anwendung nötig, "da bei Anwendungsabbruch mit einem abrupten Temperaturanstieg zu rechnen wäre". Weiter heißt es:

Viele Methoden sind allerdings praktisch noch nicht erprobt und existieren nur als theoretische Vorschläge oder sind noch im Experimentalstadium auf Laborebene. Daher können Wirksamkeit, Nebenwirkungen und Risiko, vor allem für die großflächige, oft globale Anwendung, noch nicht ausreichend abgeschätzt

werden. Vor diesem Hintergrund ist besonders bedeutsam, dass viele Methoden Eingriffe in Ökosysteme, globale Luft- und Ozeanzirkulationssysteme darstellen, deren Zusammenspiel heute noch nicht vollständig aufgeklärt ist. Bei den meisten Methoden ist zu erwarten, dass der Aufwand in keinem angemessenen Verhältnis zur erzielten Wirkung steht.

Bemerkenswerterweise haben die Verfasser der US-Studie in ihrer Zusammenfassung darauf hingewiesen, dass sich ein solches Programm ob seines Umfangs nicht im Geheimen abwickeln ließe. "Angesichts des Bedarfs an Tausenden von Flügen pro Jahr durch Flugzeuge im Größenbereich kommerzieller Passagierflugzeuge, die von einer internationalen Reihe von Stützpunkten aus operieren", sei eine Geheimhaltung nicht möglich.

Die Anmerkung ist wohl als Seitenhieb auf die Anhänger sogenannter Chemtrail-Theorien zu verstehen, die überzeugt sind, dass Sprühprogramme zur Manipulation der Atmosphäre bereits seit Jahren insgeheim durchgeführt werden.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/gesellschaft/80526-planspiele-von-us-forschern-manipulation/>

Das ZDF-Mittagsmagazin darf menschenverachtende Propagandamittel einer linksextremen Organisation verbreiten

Veröffentlicht am 7. Dezember 2018

Zu diesem Schluss kommt man, sieht man sich die Begründung zur Einstellung eines Verfahrens gegen Verantwortliche des ZDF genauer an.

Gastbeitrag von U.S.

Darum ging es im ZDF-Mittagsmagazin-Beitrag im Einzelnen:

Das ZDF hatte Mitte des Jahres im Mittagsmagazin einen Tag vor dem Parteitag der AfD in Augsburg nicht nur über den geplanten „Aufmarsch“ der Antifa in Augsburg berichtet, sondern auch gezeigt, wie und wo sich gewaltbereite Demonstranten das Handwerkszeug für ihre Randalie besorgen können. Das ZDF gab in seinem Bericht eindeutige Hinweise auf eine aus dem Internet downloadbare Broschüre „Riot Maker, Augsburg Reiseführer für Krawalltouristen“. Darin wird detailliert beschrieben, mit welchen perfiden Mitteln sich die Autoren der Broschüre den „Kampf gegen rechts“ bzw. gegen die AfD vorstellen. Das ZDF hat daraus nicht nur zitiert, sondern im Bild gezeigt, wie größtmöglicher Schaden an Hab und Gut von Menschen angerichtet werden kann. Es hat damit billigend in Kauf genommen, dass gewaltbereite Antidemokraten diese „Tipps gegen rechts“ schon am nächsten Tag in Augsburg auch in die Tat umsetzen würden. Deshalb wurde gemäß § 130a Abs.3 StGB eine Strafanzeige gegen Verantwortliche beim ZDF wegen Anleitung und Anstiftung zu Straftaten gestellt, die allerdings von der Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt wurde. Diese beruft sich dabei auf § 130a Abs.4 StGB in Verbindung mit § 86 Abs. 3 StGB.

Darum geht es in § 130a Abs.3 Strafgesetzbuch:

Bestraft wird, wer öffentlich Anleitungen zu rechtswidrigen Taten gibt oder der Öffentlichkeit zugänglich macht, um die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen. Bestraft wird auch, wer das mittels Rundfunk oder Telemedien der Öffentlichkeit zugänglich macht. Abs.4 regelt nichts, sondern nimmt den § 86 Abs.3 StGB in Bezug.

Darum geht es in § 86 StGB:

Wer Propagandamittel bestimmter verfassungswidriger Organisationen (siehe § 86 Abs. 1 Satz 1-4) im Inland verbreitet, vorrätig hält, einführt oder ausführt oder in Datenspeichern öffentlich zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Darum geht es in § 86 Abs. 3 StGB:

Einer dieser Gründe oder alle zusammen haben die Staatsanwaltschaft wohl zur Einstellung des Verfahrens veranlasst. Sie hat es sich daher „geschenkt“, sich näher mit dem „Riot-Maker“ auseinanderzusetzen, obwohl in dieser Broschüre genau beschrieben wird, wie man z.B. am schnellsten und ohne sich selbst zu gefährden ein Auto oder Reifen abfackelt, oder welche Art von Farbe für Farbbeutel am geeignetsten ist, um einen möglichst großen Schaden anzurichten. Der geneigte Leser erfährt sogar, wie er ein Nagelbrett basteln kann, um Autos aus der Spur und zum Halten zu bringen. Immerhin geben die Autoren des „Riot Makers“ zu diesem Punkt den Hinweis, dass dies für das Opfer tödlich enden könnte! All diese kriminellen und perfiden Hinweise im „Riot-Maker“ blendet die Staatsanwaltschaft einfach aus: Für die vorliegende Anzeige nicht relevant. Hier sind die Ausnahmen aufgezählt, bei denen es keine Strafe bzw. Strafverfolgung gibt, z.B. wenn das Propagandamittel, also der fast 40seitige „Riot Maker“, der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wis-

senschaft, der Forschung oder Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

Welcher dieser Ausnahmen verdankt das ZDF denn nun die Straffreiheit?

Die Staatsanwaltschaft bezieht sich auf § 86 StGB, also das „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“. Das ZDF kann die Staatsanwaltschaft ja nicht mit „verfassungswidriger Organisation“ gemeint haben.

Die Staatsanwaltschaft nennt §§ 130a i.V.m. 86 Abs. 3 StGB als Grund für die Nichtstrafbarkeit der Berichterstattung („Aufklärung“ wäre vielleicht treffender) durch das ZDF. Absatz 3 bietet hierfür mehrere Möglichkeiten. Welche davon für die Staatsanwaltschaft maßgebend waren, verrät sie nicht.

War es die

Staatsbürgerliche Aufklärung?

Löblich, wenn die Staatsanwaltschaft die Staatsbürger so über das kriminelle Treiben der Linksextremen aufklären möchte.

Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen?

Bedenklich, wenn die Staatsanwaltschaft die Überlegung angestellt hätte, mit dem Bericht zum bevorstehenden AfD-Parteitag würde das ZDF etwas „Gutes“ im Kampf gegen rechts tun.

Kunst oder Wissenschaft?

Wahrscheinlich, da der Staatsanwaltschaft bekannt ist, dass in unserem Land fast alles erlaubt ist, solange es das Etikett „Kunst“ trägt, vorausgesetzt, der „Künstler“ und der „Verbreiter“ dieser Kunst stehen politisch weit genug links.

Forschung oder Lehre?

Möglich, sofern die Staatsanwaltschaft Kenntnisse über Forschungsprojekte zum Linksextremismus hatte.

Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte?

Zweifelhaft, da der Staatsanwaltschaft nicht entgangen sein kann, dass das ZDF-Mittagsmagazin nicht über Vergangenes berichtet hat, sondern über ein zukünftiges Ereignis, das evtl. durch die Berichterstattung sogar noch beeinflusst werden sollte.

Irre, wenn man sich in Erinnerung ruft, aufgrund welcher Petitionen schon ein Facebook-Account gesperrt wird. Auf dem linken Auge blind und rechts eine Sehkraft von 200%? Mit der Einstellung des Verfahrens gegen Verantwortliche des ZDF werden die Öffentlich-Rechtlichen also weiterhin im Vorfeld Informationen an die linksextreme Szene geben dürfen, wann, wo und weshalb Linksextreme zu Gewalt aufrufen. Der Einsatz von Brandsätzen, Farbattaken u.a. gegen eine nicht verbotene Partei könnte somit in einschlägigen Kreisen im weitesten Sinne sogar als von der Justiz „geduldet“ angesehen werden. Eine fatale Entwicklung, die in Chaos und Anarchie münden könnte ...

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/12/07/das-zdf-mittagsmagazin-darf-menschenverachtende-propagandamittel-einer-linksextremen-organisation-vertreiben/>

Japan in Chaos nach Mobilfunknetzausfall

Freitag, 7. Dezember 2018 , von Freeman um 08:00

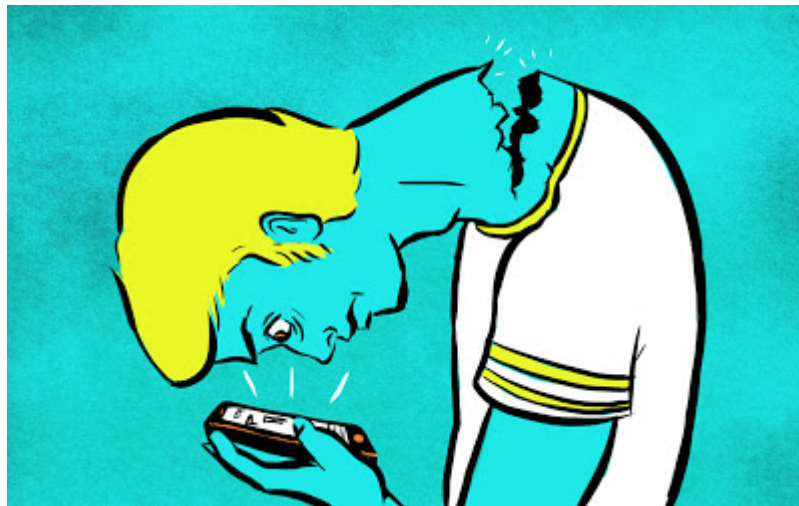
Über 40 Millionen Kunden hat der japanische Mobilfunkanbieter SoftBank und ein Grossteil davon konnten ihr Smartphone am Donnerstag nicht mehr benutzen, was Japan ins Chaos stürzte. Der Ausfall störte den Betrieb von vielen Unternehmen, von Fluglinien und der Bahn bis über Freizeitparks hin zu Logistikunternehmen, was sowohl die Abhängigkeit der Firmen als auch der Verbraucher von drahtlosen Kommunikationsnetzen deutlich macht. Die Japaner sind wohl die, die auf der Welt am meisten auf ihr Handy starren und völlig abhängig davon sind.



Noch süchtiger nach der mobilen Verbindung sind nur die Chinesen, wo es sogar extra Fusswege für diese Zombies gibt, die ohne auf die Umwelt zu achten durch die Gegend laufen.



Weltweit melden Ärzte, immer mehr Menschen leiden unter Hals- und Rückenbeschwerden, weil sie fast den ganzen Tag den Kopf nach unten tragen und auf das Handy in der Hand schauen.



Wer unterhält sich noch mit den Mitreisenden in der Tram, im Bus oder Zug oder betrachtet das Stadtbild und die Landschaft, die vorbeizieht? Fast alle Fahrgäste sitzen schweigend mit Blick auf das Display und mit Stöpseln in den Ohren da. Sie "leben" für sich alleine in einer virtuellen Welt und nicht in der Realität.



Die kommenden Handy-Generationen werden bereits mit einem Buckel, Sehschwäche und geringer Denkkapazität auf die Welt kommen, wenn es so weiter geht. Ohne einer App das einem "informiert und "hilft" ist man dumm.

Albert Einstein sagte vor 60 Jahren schon: *"Ich fürchte mich vor dem Tag, an dem die Technologie unsere Menschlichkeit übertrifft. Auf der Welt wird es nur noch eine Generation aus Idioten geben."*

Am meisten hat mich dieses Video schockiert:

Das Verblödungsgerät als Ersatz für Spielzeug und Eltern. Als Ersatz für die Zigarette und Suchtfaktor ist es bereits geworden!

Aber zurück nach Japan. Ein Grossteil der SoftBank-Handys verloren gestern um 13:39 Uhr die Netzverbindung, was die Sprach- und Datenkommunikation für mehr als vier Stunden unterbrach, bevor die Verbindungen um 18:04 Uhr wiederhergestellt wurden.

Der Ausfall der Mobilfunksparte des SoftBank-Konzerns traf nicht nur "unpassend" für die Kunden ein, sondern auch für den Konzern selber, denn am 19. Dezember soll es den Börsengang für die Sparte geben, der voraussichtlich einer der grössten weltweit sein wird. Könnte den Ausgabekurs der neuen Aktie negativ beeinflussen.

Die Fluggesellschaft Jetstar meldete Verzögerungen beim Abflug ihrer Maschinen am Flughafen Narita in der Nähe von Tokio. Die tragbaren Geräte, mit denen die Bordkarten vor dem Einsteigen geprüft werden, funktionieren drahtlos über das Netz von SoftBank. Die Fluggesellschaft musste sich jedoch mit manuellen Überprüfungen begnügen.

East Japan Railway hatte Probleme mit ihrer App "Mobile Suica". In den Zügen konnten die Fahrgäste keine Shinkansen-Tickets (Hochgeschwindigkeitszüge) oder Sitzreservierungen für die 1. Klasse kaufen.

Auch Logistikunternehmen waren betroffen. Bei Sagawa Express, einem Unternehmen von SG Holdings, konnten die Fahrer auf die Abholaufträge nicht zugreifen und keine Informationen über Auslieferungen an ihren mobilen Geräten abfragen. Auch konnten sie keine Telefonanrufe über das Mobiltelefon tätigen.

Das von "Oriental Land" betriebene Tokyo Disney Resort musste Besucher abweisen, die keine elektronischen Tickets auf ihren Smartphones anzeigen konnten. Wer kein Papier-Ticket hatte konnte nicht ins Disney Land.

Die Unterbrechungen des SoftBank-Dienstes waren mit einem Software-Update des schwedischen Telekommunikationsunternehmens Ericsson verknüpft. SoftBank sagte am Donnerstag, dass Softwareprobleme bei Ericsson-Schaltanlagen in Tokio und Osaka aufgetreten sind.

Auch die Sharing-Branche war vom Netzausfall betroffen. Einige von Careco, dem von Mitsui Fudosan Realty gegründeten Carsharing-Service angebotene Fahrzeuge waren nicht nutzbar. Normalerweise sperren und entsperren die Kunden die Autos mit ihrem Smartphone, aber die Kommunikationsgeräte in den Autos hatten keine Verbindung.

Ericsson teilte SoftBank mit, dass ähnliche Probleme in elf Ländern etwa zur gleichen Zeit aufgetreten sind. SoftBank sagte, dass die Verbindungen durch den Umstieg auf ältere Software wiederhergestellt wurden und die beiden Unternehmen gemeinsam Massnahmen ergreifen werden, um ein ähnliches Problem in der Zukunft zu vermeiden.

Ja, wer kennt das nicht, das Laden eines Software-Update verursacht Probleme, und nichts funktioniert mehr. Ist mir selber gerade passiert. Vergangenen Montagmorgen sah ich, wie mein Laptop in einer Endlosschleife wegen einem Win10-Update lief ... über Stunden und zu keinem Ende kam. Es erschien nur dauernd "Bitte warten, PC nicht abschalten".

Nach 12 Stunden habe ich einen Neustart gemacht aber seitdem ist Win10 kaputt und startet nicht mehr. Arbeiten tue ich schon seit Jahren mit Linux-Mint, aber es gibt einige Apps, die nur auf Windoof laufen, deshalb. Seit Tagen versuche ich Win10 zu reparieren oder neu von einer Boot-USB zu installieren, aber vergeblich. Scheiss Mikroschrott!!!

Jetzt fahre ich die Win-Apps auf der WINE-Simulation unter Linux und habe Windows endgültig aufgegeben.

Das ist nicht die erste Störung, die SoftBank seinen Kunden dieses Jahr bescherte. Bereits im Februar war der Festnetzbereich ebenfalls von weit verbreiteten Betriebsunterbrechungen betroffen. Anrufe zwischen Mobil- und Festnetztelefonen konnten nicht verbunden werden und es traf 670 000 Kunden.

SoftBank muss jetzt die Details des Dienstausfalls dem japanischen Ministerium für Inneres und Kommunikation melden, da die Störung mehr als zwei Stunden dauerte und mehr als 30 000 Menschen betroffen hat. Der Mobilfunkbetreiber hatte Ende September 40,43 Millionen Mobilfunkkunden.

Dieser Ausfall zeigt, wie abhängig die "moderne Gesellschaft" vom Mobilfunknetz geworden ist und die kleinste Störung ein Chaos und grossen Schaden verursacht. Statt mit der drahtlosen Kommunikation "frei" zu sein und einen "Mehrwert" zu haben, sind die Abhängigen völlig hilflos, wenn diese "Stütze" wegbricht.

Früher, und es ist gar nicht so lange her, ging es ohne Apps und der tragbaren Krücke doch auch. Man musste halt sein Hirn einschalten und Strassenkarten, Fahrpläne und Bücher lesen, und auch mit Menschen persönlich kommunizieren.

In dieser Hinsicht bin ich noch "altmodisch" (oder wieder "hip") und habe ein kleines Nokia 3310, das nur telefonieren und SMS kann. Mehr brauch ich nicht und fühle mich freier als die um mich herum, die überall nach WiFi fragen, alle paar Minuten am Dummphone tippen und ständig einen Stecker fürs Laden suchen. Sonst leert sich ihr Hirn so schnell wie die Batterie!

Quelle

<http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2018/12/japan-in-chaos-nach-mobilfunknetzausfall.html#ixzz5YzUI8d9d>

Quellen der Freiheit

Die Freiheit der auf die schöpferisch-natürlichen Gesetze und Gebote ausgerichteten Gedanken und Gefühle ist unantastbar sowie unanfechtbar, denn sie sind die einzige Quelle, woraus sich der Mensch laben kann, ohne sich böse zu vergiften.

Die Freiheit des Bewusstseins ist in jeder guten Beziehung unantastbar sowie unanfechtbar und auch jedes Menschen Recht, denn sie ist das Gut zur Evolution und ein stiller Strom des Lernens, ohne von ihm ins Elend fortgerissen zu werden.

Die Freiheit des Lernens und auch des Wissens ist unantastbar und unanfechtbar, denn nur durch sie bildet sich der Ozean aller Weisheit sowie der Liebe, und allein in diesem kann sich der Mensch friedvoll und sicher bewegen, ohne unterzugehen.

SSSC, 16. Dezember 2011, 15.30 h Billy

IMPRESSUM

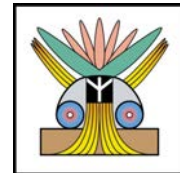
FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite



Geisteslehre Friedenssymbol

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,

8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2019

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz